

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Gauptenstraße Nr. 5 und Neue Postenstraße 11, durch die Zweigstellen, Platanenstraße 11, Reichelt, Wollschlachte 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 1141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschaltete Anzeigen aus Schließen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Anzeigen für die Arbeiter, Arbeitervereine, Vereinstätigkeiten und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen die vollständige 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Buchstraße 48 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kompromiß in der Abrüstungsfrage.

Die Bürgerblutregierung läßt Glogau schleifen. Sie stimmt auch einem Waffenausfuhrverbot zu. Der rechte Flügel der Deutschnationalen tobt.

Paris, 1. Februar. (Ep. Drahtbericht.) In einer Sitzung, die etwas über eine Stunde dauerte und an der auch die deutsche Delegation teilnahm, ist am Dienstag vormittag zwischen dem Interalliierten Militärkomitee und der deutschen Delegation eine endgültige Einigung in den noch ungelösten Punkten der deutschen Entwaffnungsfrage erzielt worden. Das Komitee übermittelte seinen Bericht sofort an die Völkervereinigung, die von der erzielten Einigung Kenntnis nahm und offiziell feststellte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen restlos nachgekommen ist.

Das Abkommen erstreckt sich ebenso auf die Frage des Kriegsmaterials, wie auf die Frage der Offiziersfragen. Die Frage des Kriegsmaterials wird durch ein dem Reichstag vorzulegendes Gesetz, dessen Text in 12 Artikeln von der Völkervereinigung festgelegt worden ist, und in dem alle Einzelheiten hinsichtlich Herstellung, Ein- und Ausfuhr enthalten sind, geregelt werden. Bezüglich des Abkommens über die Offiziersfragen wird von französischer Seite folgendes festgelegt: Es wird eine Grenzzone im Osten festgesetzt, innerhalb welcher keine anderen Befestigungen gebildet werden als diejenigen, die schon 1920 bestanden. Die Alliierten erklären sich aber damit einverstanden, daß gewisse Befestigungen, die seit 1920 gebaut und deren defensiver Charakter offensichtlich ist, in der Gegend von Königsberg i. Pr. und Löwen beibehalten werden; dagegen sind alle anderen Befestigungen um diese Städte und die seit 1920 um die Städte Rastatt und Glogau im Bau befindlichen Befestigungen zu schleifen. Die deutsche Delegation erklärt feierlich, daß keine anderen als diese Befestigungen existieren und daß sie keine weiteren bauen wird. In einem Spezialabkommen wird genau beschrieben, was unter „Konferenzierung“ der bestehenden Befestigung in ihrem gegenwärtigen Zustand zu verstehen ist.

Die Völkervereinigung hat den zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Militärkontrollkommission getroffenen Vereinbarungen über die Ausfuhr und die Lagerung von Kriegsmaterial zugestimmt. Der auf Grund dieser Vereinbarung ausgearbeitete deutsche Gesetzentwurf gliedert sich, wie wir erfahren, etwa wie folgt:

Im § 1 wird die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial jeder Art (Waffen, Munition und sonstiges Gerät) sowie die Herstellung für die Ausfuhr verboten. Nach § 2 des Entwurfes darf Kriegsmaterial für inländische Verwendung weder hergestellt noch aufbewahrt oder gehandelt werden. Im § 3 ist in 45 Ziffern zusammengestellt, welche Waffen und sonstiges Gerät im Sinne des Gesetzes als Kriegsmaterial anzusehen sind und damit unter die Bestimmungen der §§ 1 und 2 fallen. Nach § 4 des Gesetzentwurfes ist für eine Reihe weiterer Erzeugnisse die Aufbewahrung und Lagerung im Inlande, nicht jedoch die Ausfuhr verboten. Hierunter fallen auch Kriegs-Spezialmaschinen. Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf die von amtlichen deutschen Stellen erteilten Inlandsausfuhrgenehmigungen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bestraft. Neben der Strafe kann auf Eingziehung und Unbrauchbarmachung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden.

Für eine Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine Vorschriften keine Anwendung finden auf Verträge, die sich auf die Ausfuhr von Erzeugnissen beziehen, deren Ausfuhr durch das Gesetz vom 26. Juni 1921, betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, nicht verboten war. Dies gilt jedoch nur für solche Verträge, die vor dem Tage der Veröffentlichung des Gesetzes abgeschlossen und deren Ausfuhr vor diesem Tage in Angriff genommen worden ist.

Die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“ hält es für ausgeschlossen, daß die Deutschnationale Fraktion den Vereinbarungen zustimmen wird. (?) Sie hält insbesondere den Gesetzentwurf über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial für eine „schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft“ und betont im gleichen Atemzuge, daß zwar die Deutschnationalen an der „eigentlichen Vereinbarung unschuldig“ sind, aber sich an der Niederlage doch mitschuldig machen würden, wenn sie dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen jetzt ihre Zustimmung geben könnten. Die „Tägliche Rundschau“ und die „Germania“ stellen fest, daß die Verantwortung für die zweifellos äußerst weitgehenden deutschen Zugeständnisse an die Alliierten Mächte das Gesamtkabinett und damit jedes einzelne Mitglied der gegenwärtigen Gesamtkoalition trifft.

Amlich wird mitgeteilt: Der „Berliner Sozial-anzeiger“ behauptete am Dienstag Abend, daß beim Einzug nach Paris in der Frage der Offiziersfragen zu richtenden Funktionen von dem Gedanken ausgegangen sei, die Kabarettmitglieder, vor allem auch der Rechten, in der Außenpolitik vor

vollendete Tatsachen zu stellen“ und bezweifelt bei dieser Gelegenheit die Loyalität des Außenministers. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Kabinett einmütig beschlossen hat, die Verantwortung für diese Instruktionen zu übernehmen, da einmal die Verhandlungen schon seit Wochen geführt wurden und kurz vor dem Abschluß standen und weiter, weil die Sachlage eine Verzögerung nicht gestattete. Die Beschlüsse des Kabinetts sind nach Überprüfungen durch den Reichswehrminister und des Ministers des Auswärtigen nach Anhörung des Chefs der Heeresleitung gefaßt worden. Jegliche Angriffe auf den Außenminister sind daher völlig unberechtigt.

Julius Bruhns

Ein alter Vorkämpfer der Sozialdemokratie, der ganz besonders auf schlesischem Boden unvergeßliche Pionierarbeit geleistet hat, ist dahingegangen. Genosse Julius Bruhns, der langjährige Leiter unseres Blattes, ist, 66 Jahre alt, in Offenbach a. M., seiner letzten Wirkungsstätte, an die ihn seit Jahren nur noch lähmendes, qualvolles Siechtum fesselte, verstorben. In Breslau und in Oberschlesien wird diese Nachricht noch viele erreichen und ergreifen, die mit dem Toten zusammen für Sozialismus und Demokratie geworben und gekämpft haben. Wieviel von unserer heutigen Arbeit in Breslau und in Schlesien ruht auf den Fundamenten, die dieser durch ein juchzendes Geschick schon bei Lebzeiten halb begrabene Mann entwerfen und aufbauen half!

Julius Bruhns stammte aus den ärmlichen Heimarbeitertreibern der Zigarrenmacher an der Wasserkante. Er war am 15. Juli 1860 in Altona geboren. Die Kenntnisse und Fähigkeiten, die er später in der Arbeiterbewegung bewährte, hat er sich in mühsamer Selbstbildung erworben. Das Sozialistengesetz bedeutete für ihn Ausweisung aus seinem Wohnort Hamburg, von wo er zunächst ins Ausland gehen mußte, aber auch endgültige Bindung an die Politik. In seinem neuen Wirkungskreis Bremen wurde er zum Redakteur berufen und 1890 — als damals jüngster Abgeordneter — auch in den Reichstag gewählt. 1894 kam er als leitender politischer Redakteur an unsere Breslauer „Volksmacht“, an der er neun Jahre lang (bis 1903) tätig war. Der nüchterne Norddeutsche tat sich innerhalb der Bewegung dadurch hervor, daß er auch Stimmen der Selbstkritik und des prüfenden Vergleichs zwischen der damals verbreiteten Form der marxistischen Lehren und der Sprache der Tatsachen Gehör verschaffte: Bruhns wurde einer der Wegbereiter des Revisionismus und schuf damit den Boden für die spätere Reichstagswahl Eudard Bernstein, des geistigen Führers dieser Richtung in Breslau. Trotz seinem gemäßigten Standpunkt machte auch er als „Volksmacht“-Redakteur noch mit dem Gefängnis Bekanntschaft. In die Breslauer Kommunalpolitik griff er als einer der ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten mit Geschick und Sachkunde ein und auch in unserer Zeitung führte er die Leser gern und gut in kommunale Probleme ein.

Von Breslau ging Julius Bruhns als Parteisekretär nach Oberschlesien, das er damals in den Anfängen der aufsteigenden polnischen Nationalbewegung antrat, die auch die Arbeiterschaft und die polnisch-sprechenden Parteigenossen zu erfassen begann und dadurch besonders schwierige Probleme für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung bot. Seit 1908 war er dann, bis ihn die zunehmende Arthritis lähmte, leitender Redakteur unseres Offenbacher Parteiblattes. In den letzten Jahren hat er sich noch ein Erinnerungsbuch aus der Zeit des Aufstiegs unserer Partei zur heutigen Stärke abgerungen. „Erlingst im Sturm ein altes Lied“ heißt der Titel, der die Grundstimmung angibt. Der Tod unseres alten Vorkämpfers wird manchen ein Anlaß sein, darin zu lesen und sich mit der gleichen Hingebung an die Sache der sozialistischen Arbeiterbewegung zu erfüllen, die das Leben von Julius Bruhns beherzichte.

Die Brotversorgung gefährdet.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Lebenshaltung der deutschen Verbraucher droht eine große Gefahr: täglich steigen die Preise für Roggen, das wichtigste Volksernährungsmittel. Gleichzeitig werden die Vorräte an inländischem Roggen knapp und knapper, so daß mit weiteren starken Preissteigerungen gerechnet werden muß. Untätig sieht die Reichsregierung dieser Entwicklung zu. Deshalb verlangt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Gesetzentwurf, daß vom 1. Februar bis 30. Juni 1927 Roggen zollfrei eingeführt werden darf.

Unterrichten wir uns zunächst über die Entwicklung der Roggenpreise. Im Erntefahr 1925/26 hatten die Roggenpreise bei einem Zollfuß von 3 Mark für den Doppelzentner nach den Notierungen der Berliner Börse folgenden Stand:

Oktober 1925	148,76 Mark
November 1925	145,48 „
Dezember 1925	151,46 „
Januar 1926	150,22 „
Februar 1926	147,08 „
März 1926	155,46 „
April 1926	175,32 „
Mai 1926	177,78 „
Juni 1926	185,46 „

Mit dem 1. August 1926 trat eine Erhöhung des Zolls von 3 auf 5 Mark für den Doppelzentner ein, obwohl bereits der 3-Mark-Zoll zu einer wesentlichen Steigerung der Preise geführt hatte und obwohl auch die Weltmarktpreise dauernd stiegen. Durch die Zollerhöhung wurde diese Preisentwicklung für den deutschen Markt gefördert, wie aus den folgenden Berliner Monatsdurchschnittspreisen für Roggen hervorgeht:

Juli 1926	197,50 Mark
August 1926	197,02 „
September 1926	211,28 „
Oktober 1926	220,38 „
November 1926	227,74 „
Dezember 1926	234,14 „
gegenwärtig (Ende Januar)	253,— bis 256,— Mark

Der Vorkriegspreis einschließlich des Zolls von 5 Mark betrug 168 Mark pro Tonne. Der heutige Preis ist also um 50 Prozent höher als der Vorkriegspreis. Er übersteigt die Preisentwicklung der meisten sonstigen Produkte. Er ist auch wesentlich höher als der Preis für die wichtigsten Bedarfs-güter der Landwirtschaft. Während der Landwirt in der Vorkriegszeit für einen Zentner Roggen etwa 6 1/2 Kilogramm Stickstoff erhielt, erhält er gegenwärtig für einen Zentner Roggen rund 13 Kilo Stickstoff.

Die Steigerung der Roggenpreise aber wird noch gefährlicher durch den ungünstigen Versorgungsstand des deutschen Marktes. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in diesem Jahre zum ersten Male eine Statistik der Getreidevorräte bei den Landwirten vorgenommen. Die letzte Erhebung bezieht sich auf den 15. Dezember 1926. An jenem Tage befanden sich von der Winterroggenernte des Jahres 1926 nur noch 46,3 Prozent in den Händen der Landwirte. Zum Verkauf waren nur noch 21,9 Prozent verfügbar. In den Händen der Landwirte befanden sich also nur noch 1,4 Millionen Tonnen Roggen zum Verkauf. Bei Würdigung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das deutsche Verbrauchsjahr Mitte August beginnt, so daß am 15. Dezember erst vier Monate des Verbrauchsjahres vergangen waren und noch acht Monate bevorstanden. Es ist nicht anzunehmen, daß sich in den Händen des Handels oder der Mühlen größere Bestände befinden, da die Lieferungen der Landwirtschaft kaum den laufenden Bedarf gedeckt haben. Da der monatliche Bedarf der nicht selbst versorgenden Bevölkerung etwa 350 000 Tonnen Roggen beträgt, so reicht die am 15. Dezember vorhandene Roggenmenge nur noch etwa 4 Monate zur Versorgung der Bevölkerung. Es wäre also für weitere vier Monate der Bedarf der deutschen Bevölkerung aus dem Auslande zu decken und eine Einfuhr von fast 1 1/2 Millionen Tonnen Roggen herbeizuführen.

Diese Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats ist nicht nur in den Kreisen des Getreidehandels lebhaft beachtet worden, sondern sie hat auch zu den letzten starken Preissteigerungen an den deutschen Märkten geführt. Auch im Auslande, vor allem in Amerika, sind die Roggenpreise unter ausdrücklicher Berufung auf den zu erwartenden großen Einfuhrbedarf Deutschlands gestiegen. Aus allen diesen Gründen ist mit einer Preissteigerung anzunehmen, daß die in der Aufrechterhaltung



Der neue Reichsjustizminister

und Stellvertreter des Kanzlers, Oskar Hertel, ist 1869 in Naumburg a. S. geboren, war im Gerichts- und Regierungsdienst tätig. 1907 war Hertel Regierungspräsident in Oppeln, August 1917 bis November 1918 1. präsidentlicher Finanzminister, 1919/20 Mitglied des Preussischen Landtags und seit 1920 Mitglied des Reichstags. Von 1914/15 war er Vorsitzender der Deutschen nationalen Volkspartei. Hertel tritt im Reichstage den Wahlkreis 5 (Steglich).

des Roggenzollens die Roggenpreise in den nächsten Monaten noch stärker steigen werden als bisher. Teurer Roggen aber ist teures Brot. Bereits auf Grund der bisherigen Preisentwicklung des Roggens sind die Brotpreise gestiegen. Im Oktober und November 1925 kostete in Berlin das Kilo Brot 34 Pfennige. Er stieg in den darauf folgenden Monaten bis zur Zollerhöhung im Juli 1926 auf 36 Pf. Im Dezember 1926 aber war bereits ein Preis von 41 Pf. erreicht und im Januar 1927, für den die Preisberichte noch nicht vorliegen, ist eine weitere Brotverteuerung eingetreten.

Der sozialdemokratischen Forderung nach vorübergehender Aufhebung des Roggenzollens kann um so eher entgegengetreten werden, als die Landwirtschaft ihre Ernte zum überwiegenden Teil bereits im Dezember verkauft hatte und den Restbestand spätestens bis zum 1. April völlig ausverkauft haben dürfte. Sie hat somit Gelegenheit gehabt, ihre Ernte zu beispiellos hohen

Preisen zu vermerken. In dem Augenblick, wo die Inlandsernte aufgezehrt ist und wo die Getreidebauern des Auslandes sich anschicken, aus unserer Notlage Spekulationsgewinne herauszuschlagen, wäre es eine sinnlose Futurität, den Zoll noch länger aufrecht zu erhalten. Die Massen der deutschen Bauern würden nicht den geringsten Vorteil davon haben, die ohnedies sehr gefährdete Lebenshaltung in den minderbemittelten Familien würde vollends darunter zusammenbrechen. Die Aufhebung der Zölle für den Rest des Erntejahres ist daher eine dringliche Notstandsmaßnahme von allergrößter Tragweite.

Wirth wird im Reichstag gegen Marx sprechen.

Auch die Windthorst-Jugend in Opposition.

Nach der Regierungserklärung des Reichsfinanziers Dr. Marx zu Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstages wird die Sitzung für zwei Stunden unterbrochen werden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu dem Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Die Opposition wird als erster Redner unser Parteivorsitzender Gen. Hermann Müller vertreten. Laut „Täglicher Rundschau“ wird auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth seine von der Zentrumsfraktion abweichende Meinung zum Ausdruck bringen. Die Abstimmung über die von den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu erwartenden Mißtrauensvoten wird nach dem gleichen Blatt erst am Sonnabend nachmittag erfolgen.

Die Führer der Windthorst-Bünde Oberschlesiens haben einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Gau Oberschlesien der Deutschen Windthorst-Bünde steht der neuen Regierungskoalition völlig verständnislos gegenüber. Wir erachten die einseitige Verbindung mit Parteien, die sich nach vor wenigen Tagen als schärfste Gegner der Republik und als unentwegte Vorkämpfer der Monarchie bekannt und betätigt haben, als eine innere Unmöglichkeit und als eine ernste Gefahr für den Bestand der Republik und können den rein parteifaktischen Versprechungen der Reichsparteien keinen Glauben schenken. Die neue Koalition untergräbt nicht nur das Vertrauen der weitaus meisten Zentrumskreise zu ihrer Partei, sondern auch das Vertrauen der Volkspartei, mit denen die Partei Jahre hindurch in den schwersten Schicksalsstunden die erste und fruchtbarste Arbeit an der jungen Republik geleistet hat.“

Aus dem Reich.

Personalveränderungen im Berliner Polizeipräsidium? Nach Meldungen Berliner Blätter soll der Vizepräsident des Berliner Polizeipräsidiums, Dr. Friedensburg, demnächst seinen Posten verlassen und Regierungspräsident in Kassel werden. Als sein Nachfolger in Berlin wird der jetzige Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß, genannt.

Die Verhaftung von mehreren Mitgliedern rechtsradikaler Organisationen in Berlin wegen Entwendung von Waffen aus der Waffenkammer der Schutzpolizei hat großes Aufsehen erregt. Die jungen Leute hatten diese Waffen in ihrem Verbandsabteil gelagert. Außer ihnen wurde ein Schutzpolizeiwachmeister unter der Beschuldigung der Begünstigung oder Mittäterschaft in Haft genommen.

Auslandsreise Dr. Stresemanns. Die „Tägliche Rundschau“ teilt die Verschiebung der Feier zur Erinnerung an den 60. Jahrestag der Gründung der nationalliberalen Partei vom 27. Februar auf den Monat März mit und bringt diese Verlegung mit einer längeren Auslandsreise in Zusammenhang, die der Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Abschluß der politischen Aussprache im Reichstage zu unternehmen gedenkt. Der „Volkswache“ will wissen, daß Dr. Stresemann seinen Erholungsurlaub voraussichtlich an der Riviera verbringen werde.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der belgische Außenminister, Genosse Vandervelde, ist am Dienstag in Paris eingetroffen. Er wird eine Aussprache mit Briand haben über die von der französischen Regierung beabsichtigte Wiedereinführung des Fahzwanges für belgische Arbeiter, die in Nordfrankreich in der Textilindustrie arbeiten. Gleichzeitig glaubt man, daß Belgien und Frankreich sich über ihre Haltung den chinesischen Wirren gegenüber aussprechen werden.

Amerikanische Meinungsverschiedenheiten über den Bau dreier neuer Kreuzer. Trotz des Widerspruchs des Präsidenten Coolidge gegen einen sofortigen Bau dreier neuer Kreuzer, die einen Teil des angenommenen Marinebauprogramms bilden, hat der Senat mit 48 gegen 27 Stimmen beschloffen, die Marinestellung dahin abzuändern, daß 1.200.000 Dollar für den sofortigen Bau der Kreuzer bewilligt werden. Das Repräsentantenhaus lehnte jedoch einen entsprechenden Verbesserungsetat aus Rücksicht auf die Ansichten des Präsidenten Coolidge ab.



Der linke Flügelmann im neuen Kabinett

ist der Finanzminister Dr. Kähler (Zentrum). Dr. Heinrich Kähler, der bisherige badische Staatspräsident, ist 1878 in Karlsruhe als Sohn eines Bankiers geboren, er war bei Ausbruch des Krieges Postdirektor, wurde 1919 in den badischen Staatsrat gewählt und 1920 als Nachfolger Dr. Wirths badischer Finanzminister.

Der Forstetat vor dem Hauptauschuß.

Am Dienstag wurde im Hauptauschuß des Preussischen Landtags der Haushalt der Forstverwaltung beraten. Beschiedene Redner brachten Beschwerden hinsichtlich der Wäldchen vor. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wandte sich gegen die Einfuhr polnischer Holz, die stark auf die Preise für deutsches Holz drücken. Abg. Kraut (Soz.) ging auf das Forstculturgesetz ein und bezeichnete die Vorlage dieses Gesetzes für außerordentlich dringlich.

In längeren Ausführungen legte der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger dar, daß die Einfuhr polnischer Holz nur unter Bedingungen erfolgen dürfe, die für Deutschland tragbar sind; insbesondere sei notwendig, den Holzverkauf in Deutschland durch Verbilligung der Frachtkosten zu erleichtern. Für die Tarifermäßigung kommt nach den Darlegungen des Ministers besonders das Grubenholz in Frage. Hinsichtlich der Beamtenverhältnisse betonte Dr. Steiger, daß die Forstbetriebs-Laufbahn im Gegensatz zu der Oberförster-Laufbahn gegenwärtig noch sehr ungünstig ist. Auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse ist nach Auffassung des Ministers die Trennung der Forstsekretär-Laufbahn von der Förster-Laufbahn unvermeidlich. Der Minister gab weiter zu, daß die soziale Lage vieler Förster noch sehr schlecht ist.



Der neue Reichsminister des Innern,

Landrat a. D. Dr. von Reubell, ist 1884 in Castellamare di Stabia geboren, war als Landwirt tätig, 1916/20 Landrat des Kreises Königsberg (Neumark), 1918/23 Reichshauptmann des Oderbruchs. Er gehört dem Kreisauschuß und Kreistag in Königsberg (Neumark) an, ist Vorstandsmitglied des Brandenburgischen Landbundes und Vorsitzender des Brandenburgischen Waldbesitzvereins. Dem Reichstag gehört v. Reubell seit 1924 als deutschnationaler Vertreter des Wahlkreises 5 (Frankfurt a. d. Oder) an.



Der neue Verkehrsminister

Koch-Düsseldorf ist als Verbandsssekretär in Elberfeld deutsch-nationaler Vertreter des Wahlkreises 22 (Düsseldorf-Ort). 1877 geboren, erlernte er das Schreinerhandwerk, war evangelischer Arbeitersekretär, 1913/21 Leiter des Reichsverbandes Deutscher Staatsarbeiter und Bediensteter, und seitdem in der Christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner tätig. Er ist Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine. Koch ist einer der ältesten christlichen Gewerkschaftsführer und wurde seinerzeit zum Doktor ehrenhalber ernannt.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.

Autentisierte Uebersetzung von Mathilde Bertheimer.

14]

„Kein Herr. Damals nicht. Er hielt sich im Schlafzimmer auf. Nur Mr. Radlett und der kleine Herr plauderten miteinander.“

„Sie meinen Culperper?“
„Ja wohl, Herr. Ich fragte Mr. Radlett noch, ob er sonst etwas wußte, und er erwiderte: „Kein.“ Dann fragte ich ihn, ob ich sein Schlafzimmer aufräumen dürfte, und er bejahte, aber ich sollte Herrn Kolendrum nicht mehr in seinem Zimmer belästigen. Ich fragte, ob ich später zurückkommen sollte, oder er erwiderte, ich könne es bis zum Morgen bleiben lassen. Ich verließ kurze Zeit darauf meinen Dienst. Als ich in die Halle kam, sah ich Herrn Kolendrum mit dem Portier sprechen. Bis zum Morgen habe ich keinen der beiden Herren mehr gesehen.“

Thomas konnte seinen weiteren Aufschluß nicht geben und vom übrigen Personal erfuhr Blaise nicht das geringste. Der Wirthungszwecke eine scheinbare Theorie, daß Radletts Leichnam im Hotel verbleibe sei, aber da sie den Tatsachen widersprach, entließ ihn Blaise schleunigst. Er kehrte nochmals in Radletts Zimmer zurück und ging sie von neuem sorgfältig durch. Dann beauftragte er den noch immer wachstehenden Polizisten, alle auf das Verbrechen bezüglichen Gegenstände und Schriftstücke zu sammeln und sie zur Aufzeichnung und Uebersetzung nach dem Polizeipräsidium zu bringen. Vor dem Verlassen des Hotels trat er noch bei dem Jockelein im kleinen Büro ein und sah sich das Fremdenbuch durch; es fand sich folgende Eintragung: „Hugh Keatington“ und „Joan Kolendrum“, beide aus Rosal. Dieser Namen war in Radletts Handbüchern geschrieben und zeigte ihnen unüberwindlichen Sündenkel, der Blaise schon beim Durchlesen der gefundenen Schriftstücke aufgefallen war. Seine Tätigkeit schien beendet, und er verließ das Hotel. Es gab damals keine Zeit, als die Türe hinter ihm geschlossen hatte. Mr. Keatington wagte wieder seinen Kopf zu heben und entschloß sich in die Zukunft zu blicken. Wiederholte er sich auf die Ermittlung des noch überlebenden, vielleicht war der mächtige Lord Coling nicht unwiderstehlich beizugehen.

Polizei ist gemeines Volk. Notwendig natürlich für den Schutz des Eigentums und der Gerechtigkeit — aber schredlich vulgär, hervorragend an ihrem Plage; aber ihr Platz war eben nicht Mountagles unvergleichliches Hotel. Ein Glas alten Portweins aus seinem Privatfeller richtete den Direktor wunderbar auf. Er stellte sich den Klagen Lady Lofwighels mit seinem gewohnten ehrerbietigen „Approb“.

Sechstes Kapitel.

In welchem Mr. Franklin das Testament eines Millionärs bekanntgibt und dessen Motive zu denken laßt.

Während Inspektor Blaise keine Verhöre im Hotel abwickelte, hatte Oberinspektor Wilsons Emisär den Rechtsanwalt, noch dem zu suchen er ausgesandt worden, aufgefunden und ihn mit größter Eile nach Scotland Yard gebracht. Hugh Radletts Rechtsvertreter war persönlich ein unheimliches Mannchen, sehr dünn und mager, mit trockenem, pergamentartigem Gesichte, aber ein Paar sehr geistreichen, tiefgelegenen Augen, die rahellos umherirrten, flackerten und etwas tief in seinem Kopf Verborgenes widerspiegeln schienen. Er war glatt rasiert, hatte schwarz getrimmte Gesichtszüge — kurzum, ein Rechtsanwalt, wie er im Buche steht. Seine Kleider waren solid, aber schlecht sitzend und hingen fahl und lose an ihm. Nur sein Halsband glänzte rotgoldlos.

Als Mr. Wilbraham Franklin Wilsons Arbeitszimmer betrat, ließ er sogleich seine Blicke scharf umherstreifen, als ob er im Geiste nach einer Inventuraufstellung seiner Umgebung vorzugehen. Er beantwortete Wilsons Begrüßung; seine Stimme hatte einen harten, herrischen, schneidenden Klang.
„In Morgen, in Morgen. Schon früher begegnet, Oberinspektor. Fall Chilcot wenn ich nicht irre. Schredliche Sache dies, ja, ja.“
Mr. Radlett — erwiderte? So sagte mir ihr Emisär, Schrecklich, schrecklich.“
„Ja ja, Mr. Franklin, ich erwidere mich an Sie. Sie hielten ein Handout. Ja, ich fürchte, daß man Mr. Radlett um die Ecke gebracht hat. Aber ich tue wohl besser daran, Ihnen den Fall in großen Zügen zu erzählen. Sie vergessen — so viel ich weiß — Mr. Radlett?“
Franklin bejahte und Wilson erwiderte ihm hierauf einen gekürzten Bericht über den Fall, den er mit dem Hinweis auf jenen in Radletts Räumen gefundenen Brief an Franklin schloß.

„Ein wahres Glück, Herr, daß dieser Brief der Aufmerksamkeit des Mörders entgangen ist. Wenn ich nicht irre, haben Sie gestern Mr. Radlett gesprochen?“

„Ja, er besuchte mich gestern nachmittag gegen 5 Uhr. Er beauftragte mich, als sein Rechtsvertreter in England zu fungieren. Da er mir einen Empfehlungsbrief von Lord Galing überbrachte, der mir schon früher einmal davon gesprochen hat, erklärte ich mich sogleich bereit dazu.“

„Es wäre mir lieb, wenn Sie mir genau mitteilen wollten, was Sie miteinander gesprochen haben.“

„Die Angelegenheiten unserer Klienten, Oberinspektor, sind in der Regel selbstverständlich vertraulich. Aber, zufällig hat mich Mr. Radlett selbst, falls irgend etwas passieren sollte, der Polizei völlige Einsicht zu gewähren.“ Franklin laute dies ganz ruhig, als ob das durchaus keine überraschende Mitteilung für die Polizei bedeutete.

Wilson schenkte empor und zeigte große Ueberraschung. „Soll das heißen, daß er etwas Derartiges befürchtet hat?“ fragte er.

„Zweifellos hielt er es für möglich. Er hatte sogar beabsichtigt, heute morgen nach Scotland Yard zu kommen und um polizeilichen Schutz zu ersuchen.“

„Er erzählte mir, daß er bis hierher von Feinden verfolgt worden sei, die vor nichts zurückschreckten, und ihn, falls es ihnen gelänge, aus dem Weg räumen wollten.“

„Feinde? Welcher Art Feinde?“

Franklins runde Augenlein saugten sich an Wilson fest, als er ihm entgegnete:

„Bolschewiken! Es ist Ihnen vermutlich bekannt, daß Radlett ein großes Geschäft mit Rußland — eine Bergwerkskonzession — vorhatte.“ Wilson nickte. „Er erklärte mir, die Sowjet-Regierung habe zwar zugestimmt, es gäbe jedoch unter den Bolschewiken eine Gruppe, welche unter allen Umständen die Durchführung der Konzession verhindern wolle. Sie hätten schon in Rosal versucht, keiner habhaft zu werden, es mißlang, und nach seiner Uebersage hätten sie ihn hierher verfolgt, um vor ihm bestimmte Papiere zu erlangen und ihn womöglich abendrein zu ermorden.“

„Aber nein! Es war unfeugbar, daß der Mörder nach gewissen Schriftstücken geizig hatte. Haben Sie vielleicht Kenntnis, was Sie beinhalten?“

(Fortsetzung folgt.)

Preußens Innenminister Gen. Grzesinski in OS.

Eine Rede für deutsch-polnische Verständigung.

In Begleitung der Ministerialdirektoren Klauener von der Polizeidirektion, Kochers von der inneren Verwaltungsdirektion und Dr. von Leyden von der Kommunalverwaltung traf am Dienstag früh der preussische Innenminister Grzesinski in Oberschlesien zu einer zweitägigen Besuchsreise ein. Anlauf des Besuchs bietet die Einweihung neuer Dienstgebäude des Polizeipräsidiums Gleiwitz. Unter den Teilnehmern des Empfanges befand sich außer den Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen und der Selbstverwaltungskreise übrigens auch eine Vertretung des Bundes mit dem polnischen Abgeordneten im preussischen Landtag, Pzarczek Klimas, der aber im Laufe der Aussprache nicht das Wort nahm. Der Innenminister, der am Dienstag morgen zunächst die Vertreter der Wirtschaftskreise und der kommunalen Selbstverwaltung in Oppeln empfing, begab sich dann über Gleiwitz nach Ratibor, um am Dienstag abend in Gleiwitz einzutreffen, wo er beim Polizeipräsidenten Bed Wohnung nimmt. Am Mittwoch wird er sich in die verschiedenen Städte des Industriegebietes begeben.

Bei dem Empfang der Wirtschafts- und Kommunalvertreter im Oppelner Oberpräsidium nahm zunächst Oberpräsident Dr. Proske das Wort. Er dankte dem Minister für seinen Besuch und fügte einige herzliche Worte der dankbaren Erinnerung an die Tätigkeit seines Amtsvorgängers, des Ministers Severing, hinzu. Dieser habe sich durch zielbewusste, konsequente Politik in Oberschlesien schwersten Tagen das Vertrauen der Bevölkerung in ganz besonderem Maße zu erwerben gewusst. Die Provinz Oberschlesien wisse, daß es die Zentralstellen an Fürsorge nicht fehlen lassen wollten, wenn auch noch manche Ansprüche und Wünsche in bezug auf die Verdrängungsschäden, die Gültigkeit der Tarifbestimmungen und andere Fragen unerfüllt geblieben seien. Oberpräsident berufe sich nicht auf seinen Charakter als Grenzgebiet, wenn es Fürsorge nachsuche. Es wisse, daß Deutschlands Grenzgebiete zahlreich ausgebeutet seien und verlange nur Berücksichtigung im Rahmen der allgemeinen staatlichen Grundzüge. Der Oberpräsident bekannte sich dann aufs neue zu dem Grundgedanken des Schutzes der nationalen Minderheit, der die Verhütung für das Schicksal der nationalen Minderheiten mit der polnischen Kultur ermöglichte. Er erklärte, daß in früheren Zeiten das Vertrauensverhältnis zwischen Oberschlesien und Preußen noch schlechter gewesen sei, wie das zum Reich, daß aber das neue Preußen es verstanden habe, die Beziehungen wieder enger zu gestalten und neue Zuversicht zu erwecken.

Es folgten Ansprachen der Vertreter der wirtschaftlichen Korporationen und der Selbstverwaltungskreise. Handelskammer-Syndikus v. Stoephasius hob hervor, daß der technische Stand der industriellen Betriebe in Oberschlesien wegen der Befragungsnotwendigkeit nicht rechtzeitig auf dieselbe Höhe gebracht werden konnte wie in anderen deutschen Industriegebieten. Die Konzentrationserscheinungen in der ober-schlesischen Industrie deutete er als Folge der Krise. Den Verlust infolge der Gebietsabtretungen bezifferte er für die einzelnen Industrien der Provinz auf 40-70 Prozent des Vorkriegsablaufes, ohne allerdings dabei auf die Frage einzugehen, wieweit der gegenwärtige deutsch-polnische Zollkrieg diese Ziffern noch ungünstiger beeinflusst hat als die neue Grenzführung. Weiterhin hob der Handelskammerpräsident den Verlust der früher so zahlreichen Ausnahmetarife der Eisenbahn hervor und wünschte Beschleunigung des Ausbaus der Ober-, besonders auch in ihrem mittleren Lauf, des Staudemens von Otmachau und vor allem des Klodnitz-Kanals. Dieser Ausbau sei um so notwendiger, als der beschlossene Bau des Mittelkand-Kanals die Frachtparität der früheren Zeit wieder aufhebe.

Für die Landwirtschaft sprach der Syndikus des ober-schlesischen Bauernvereins Dr. Pawelle. Er legte dar, daß durch den Verlust des ostpreussischen Industriegebietes in der Provinz die Landwirtschaft vermehrte Bedeutung gewonnen habe. Ihre Abhängigkeit sei aber durch die Verluste außerordentlich verschlechtert, da namentlich die Hauptabnehmer ziemlich weit entfernt im Reich lägen. Auch dieser Sprecher endete mit dem Wunsch nach Förderung eines Entgegenkommens der Reichsbahn durch die preussische Staatsregierung. — Ergänzt wurden diese Ausführungen durch den Syndikus der ober-schlesischen Handwerkskammer, der die Wünsche der von ihm vertretenen Kreise vorbrachte.

Im Namen aller Gewerkschaftsrichtungen sprach Gewerkschaftssekretär Nowak-Gleiwitz (M.D.V.). Er brachte erschlauernde Zahlen über das ober-schlesische Wohnungselend vor, das von vielen anderen Teilen des Reiches und Staates doch trotz allgemeiner Wohnungsnot nicht erreicht werde. Die Mieten in den Neubauten seien für die Arbeiterklasse unerträglich, da sie in Oberschlesien ein Drittel bis die Hälfte des Verdienstes verzehren würden. Die Tuberkulose und die Säuglingssterblichkeit haben sich in der Provinz unter diesen Umständen erhöhen müssen. Auch die Erhöhung der Unfallversicherungsbeiträge sei zum Teil auf die schlechten Wohnungsverhältnisse zurückzuführen, die dem Arbeiter keine richtige Ruhegelegenheit mehr böten. Scharf sprach sich der Gewerkschaftsvertreter gegen jede Erhöhung der Wohnungskosten aus, die für die schlechtbezahlte Arbeiterklasse des Ostens untragbar sei. Er verlangte Förderung der Mietsstandsarbeiten und Berücksichtigung der Umstände, die die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien bisher vermehrt hätten, bei der zukünftigen Wirtschaftspolitik.

Als Vertreter der ober-schlesischen Städte unterstrich Oberbürgermeister Neugebauer-Oppeln diese Ausführungen in bezug auf die Wohnungsfrage vollkommen, um im übrigen persönlich den Wunsch nach Wiedereinführung der Einkommensteuerzuschläge für die Gemeinden auszudrücken. — Landrat v. Ellert-Kleffe stimmte dieser bekanntlich unter Gesichtspunkten der Staats- und Reichsfinanzpolitik sehr unstrittigen Forderung zu und ergänzte im übrigen vor allem die Ausführungen des Landwirtschaftsvertreters.

Innenminister Grzesinski dankte für die freundlichen Worte der Begrüßung und besonders auch für die Anerkennung der Tätigkeit seines Vorgängers Severing. Nicht alle Wünsche, die vorgebracht seien, gingen direkt sein Ressort an, und nicht alle könne er erfüllen, soweit er mit zuständig sei, da manche der vorgebrachten Forderungen einander ja auch widersprechen könnten und viele die heutige Leistungsfähigkeit der zentralen Stellen überforderten. Er habe bisher ober-schlesische Verhältnisse nur aus Berichten und Verhandlungen mit ober-schlesischen Vertretern kennen gelernt, die die Folge der willkürlichen Grenzziehung bereits deutlich genug machten. So begründete das Bewußtsein von der Ungründlichkeit dieser Grenzziehung sei, so entschieden müsse man aber nun einmal mit den tatsächlichen Zuständen rechnen und die Zurückgewinnung des Verlorenen nur noch mit geistigen Waffen erstreben. Der Erfolg einer solchen Politik ergebe sich aus der Tatsache, daß bei der Abstimmung zwischen Deutschland und Polen in der heutigen Provinz Oberschlesien noch 31 Prozent polnische Stimmen abgegeben wurden, bei der letzten Reichstagswahl dagegen nur noch 8 Prozent, und dies nach einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Leiden in Deutschland infolge der Inflation. Nicht durch Terror und nicht durch Zurückziehung seien derartige Erfolge für das Deutschland zu erzielen, sondern nur, wenn unerbittliche Richtlinien aller Politik in Oberschlesien die An-

erkennung des gleichen Staatsbürgerrechtes auch der internationalen Minderheit bleibe. Auf gewalttätige Nationalisierungs-Politik müsse grundsätzlich verzichtet werden. Nur nach solcher Haltung habe man auch das Recht, die gleichen Forderungen für die deutsche Minderheit in Ost-Oberschlesien zu stellen. Den Rechten der nationalen Minderheit ständen allerdings auch Pflichten gegenüber. Rücksicht werden könne aber gegenüber unberechtigten Forderungen, das Reich und Staat in ihren wirtschaftlichen Sonderleistungen für den Osten gleichmäßig für alle Volksteile eingetretet seien und daß zum Beispiel die Auswirkungen des Sofortprogramms aller Bevölkerungsklassen der Ostprovinzen ohne Unterschied der Nationalität zugute kämen.

Die Trennung der schlesischen Provinzen ermöglichte bessere Förderung der besonderen Interessen Oberschlesiens als bisher. Der Minister ging dann auf Einzelheiten des Sofortprogramms ein und betonte, daß die Verzögerung der Ausgestaltung die bedauerliche Folge von Umständen sei, auf die die preussische Staatsregierung nicht einwirken konnte. Vor allem die nochmalige Anmeldung von Sonderansprüchen einer einzelnen Seite hätten hier verzögert gewirkt, ohne irgendwie die Leistungen zu vermehren. Besonders Wert lege er schließlich auf die Förderung der sozial schlechter gestellten Schichten, da es Aufgabe des Staates bleibe, den sozialen und kulturellen Aufstieg der Volksgemeinschaft zu ermöglichen.

Möge im Osten, so fuhr der Minister fort, endlich der letzte Nachklang des Krieges verschwinden! Mögen in wirtschaftlicher Arbeit neue friedliche Ziele aufgestellt und erreicht werden! Mein Freund Paul Löbe, der kürzlich in Polen war, berichtete mir, daß dort noch von ernsthaften Kreisen wirklich die Befürchtung gehegt werde, Deutschland wolle sich auf gewalttätige Wege durch einen neuen Krieg die verlorenen Gebiete zurückholen. Demgegenüber möchte ich gerade hier in Oberschlesien nachdrücklich unterstreichen: Deutschland will keinen Krieg. Es hat von jedem Krieg, von jedem wirtschaftlichen Verlust und von jedem furchtbaren Katastrophen wahrhaftig genug! Nur im Frieden wollen wir und können wir aufbauen, was damals zerstört wurde und dazu gehört auch das friedliche Miteinanderwirken der beiden Nationalitäten auf diesem Boden.

Es ist bedauerlich, wenn der Gewerkschaftsvertreter in seinen Ausführungen Beschwerde darüber führen konnte, daß eine seiner Eingaben an die Oppelner Regierung über Schutz der Jugend neun Monate lang völlig unbeantwortet blieb. Ich mißbillige das und hoffe, daß das Zusammenwirken von Behörden und weitesten Bevölkerungskreisen überall in dem Maße stattfinden, wie es ja auch hier in Oberschlesien, wie ich wohl weiß, im allgemeinen der Fall ist. Die Verpflichtung des Staates zur Fürsorge und zum Ausgleich für die Kriegsschäden erkenne ich an. Nach einem verlorenen Kriege und seinen Lasten gerade für Staat und Reich wird aber die Selbsthilfe hier überall der Staatshilfe vorzuziehen sein. Wie's von dem, was hier beklagt worden ist, beruht offenbar auf Sünden einer vergangenen Zeit. Ich will damit keine Anklage erheben, aber ich will es aussprechen, daß der neue Staat, die Republik, bestrebt sein wird, zu helfen, soweit es in ihren Kräften steht.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 1. Februar.	
1 Pfund Sterling	20,43
1 Dollar	4,2145
100 holl. Gulden	168,87
100 Belg. = 500 Franken	38,615
100 norm. Kronen	109,06
100 Danzig. Gulden	81,30
100 Lire	18,64
100 dan. Kronen	12,91
100 span. Francs	16,50
100 öst. Kronen	12,476
100 Schweizer Francs	81,05
100 Letas	70,87
100 Korb. Kronen	112,41
100 Korb. Gulden	73,69
100 öst. Schilling	58,43
100 Roin	47,13

Zeichnungsaufforderung auf 5% Anleihe des Deutschen Reichs von 1927

Zur Flüssigmachung der dem Reichsminister der Finanzen durch die Etatsgesetze für 1926 zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben eröffneten Kredite begibt das Reich eine 5%ige Anleihe im Betrage von RM 500 000 000.

Die Anleihe ist eingeteilt in Abschnitte zu RM 100, 200, 500, 1000, 2000, 5000, 10 000 und 20 000 mit Zinscheinen, zahlbar am 1. Februar und 1. August jeden Jahres. Der Zinslauf beginnt am 1. Februar 1927; der erste Zinschein wird am 1. August 1927 fällig.

Die Anleihe ist bis zum Jahre 1934 untilgbar. Sie wird vom 1. Februar 1934 an durch Auslosung in 25 Jahren getilgt, und zwar jährlich in Höhe von annähernd 2,1 vom Hundert des ursprünglichen Nennbetrages der Anleihe unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen. Die Auslosungen finden im August jeden Jahres statt, erstmalig im August 1934. Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden von dem auf die Auslosung folgenden 1. Februar an zum Nennwerte eingelöst. Eine verstärkte Tilgung oder eine Gesamtilgung der Anleihe ist bis Ende Januar 1937 ausgeschlossen.

Von dem Gesamtbetrag der Anleihe werden

RM 300 000 000

durch die unterzeichneten Bankfirmen unter den nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Für den Rest von RM 200 000 000, der zum größten Teil fest untergebracht ist, besteht eine Sperre von 9 Monaten.

Bedingungen.

Der Zeichnungspreis beträgt **92%**

zugüglich Stückzinsen vom 1. Februar d. J. bis zum Zahltag unter Abzug der Kapitalertragsteuer.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten der Zeichner.

Berlin, im Februar 1927.

- | | | | |
|--|--|---|---|
| Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Weimar. | | | |
| Reichsbank. | Preussische Staatsbank (Seehandlung). | Berliner Handels-Gesellschaft. | S. Bleichröder. |
| Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — | Darmstädter und Nationalbank | Kommanditgesellschaft auf Aktien. | Delbrück Schindler & Co. Deutsche Bank. |
| J. Dresfus & Co. | Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. | Deutsche Landesbankenzentrale A. G. | Direction der Disconto-Gesellschaft. Dresdner Bank. |
| Mendelssohn & Co. | Mitteldeutsche Creditbank. | Preussische Zentralgenossenschaftsbank. | Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. |
| Braunschweigische Staatsbank (Veihausanstalt). | E. Heimann. | Gebr. Arnhold. | Sächsische Staatsbank. |
| Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien. | Simon Hirschland. | Gebrüder Weismann. | |
| Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. | Deutsche Vereinsbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. | Lincoln Menny Oppenheimer. | Lazard, Speyer-Ellissen. |
| Jacob S. H. Stern. | L. Behrens & Söhne. | Norddeutsche Bank in Hamburg. | Bereinsbank in Hamburg. M. W. Warburg & Co. |
| Wett L. Homburger. | Straus & Co. | A. Lewy. | Sal. Oppenheim jr. & Cie. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G. |
| Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. | Rheinische Creditbank. | Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. | H. Aufhäuser. |
| Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank. | Bayerische Staatsbank. | Bayerische Vereinsbank. | Merd, Find & Co. Anton Köhn. Thüringische Staatsbank. |

Zeichnungen nehmen in Breslau entgegen:

- | | | |
|--|--|--|
| Reichsbank. | Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Breslau. | Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Breslau. |
| Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Breslau. | Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Breslau. | |
| Dresdner Bank Filiale Breslau. | Eichhorn & Co. | E. Heimann. |
| | Kommunalbank für Schlesien, öffentliche Bankanstalt. | Schlesischer Bankverein Filiale der Deutschen Bank. |

Voranzeige!

Voranzeige!

Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

**Konzert des
„Volksthor Breslau“**

„Die Schöpfung“

Oratorium von Jos. Haydn
Mitwirkende: Charlotte
Dietrich (Sopran)
Elsbeth Böhm (Alt)
Alfred Stückel (Tenor)
Otto Gaertner (Bass) und
das Schief. Landesorchester

Eintritt: Dienstag, den 15. Februar: **Öffentliche Generalprobe (10 Pf.)** — Mittwoch, den 16. Februar: **Hauptaufführung (1.30 u. 1.00 Mt.)**
Kartenverkauf im Restaurant des Gewerkschaftshauses und an den Abendkassen.

Stadttheater
Mittwoch 8 Uhr:
12. Abm. Vorstellung
Serie B
**„Die Mami
des Schiffs“**
Donnerstag 7 Uhr:
Apostles Gattin
Kammerjägerin
Lotto Lehmann
Tannhäuser
Freitag 8 Uhr:
12. Abm. Vorstellung
Serie C
Ariadne auf Naxos.

Schauspielhaus
Sonntag, 6. Februar,
vormittags 11 1/2 Uhr:
Morgenerfeier
zu Ehren des 80. Geburtstages von
Oskar Will
Die gesamte Einnahme fließt dem Jubilar zu.
Der Kartenverkauf hat begonnen.

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum 80. Male!
„Die Zirkusprinzessin“
Donnerstag und Freitag
abends 8 Uhr:
Der außergewöhnliche
Operettenerfolg
„Die Zirkusprinzessin“
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male
„In der Johannismacht“
Musik von Jan Gilbert.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Cady Hamilton“
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„In der Johannismacht“

**Liebig-
Theater**
Februar 1927
Täglich 8 Uhr
**Spitzenleistungen
modernster
Varietékunst!**

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Mittwoch, Donnerstag
abends 8 Uhr:
Bonaparte
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Mittwoch, Donnerstag
abends 8 Uhr:
Olympeida
Vorher:
Prinzeß Magdalena

Nana de Herrera
Der Stern von Sivilla
Paul Gordon
Das Wunder am Drahtseil

**CIRKUS
BUSCH**
Abschiedsmonat!
Vollständ. neue Sensation
Bistravs
Der Mann mit den 2 Köpfen
Buchna
Der Schuppmann von Stahl
Heute Mittwoch 3 Uhr
einmal, Sonder-
Jugend-Vorstellung
zum letzten Male nach
Die Mühle v. Sausespel
u. der schön. Kasperbesetzung
Erwachsene halbe Preise!
Freitag letzte Aufführ.
Sonnabend: **Première
Tarzan.**

! Das Neueste aus Amerika.
Martinet
und ein Rabe
Paul Förfster
Deutschlands bester
Improvisator
und das auserlesene
februar-Programm
Billige Eintrittspreise
von 50 Pfg. an.
Jeden Sonntag nachmittags
**3 1/2 Uhr-Familien- u. Kinder-
Vorstellung**
Das volle Programm zu
ermäßigten Preisen.

Victoria-
Theater — Tel. Rg 2297
Täglich 8 1/2 Uhr
Die liebe Verwandtschaft
Mischpoche
Mittwoch 3 Akte.
Freitag 50 Pf. und höher
Erwachsenenbesetzung
**Erste
Stadten**
vor 1 St. an, heute
erster Tag
Lauder, 6. Februar 28.

Maria-Schöben
Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr
im Restaurant von Preis:
**Zwölfbilder-Vorles
Erd- oder Feuerbestattung**
Referent: Pletsch-Breslau
Eintritt 10 Pf.
Es ladet ein
Der Vorstand
des Verbandes der Arbeiterinnen, Frauenvereine

**Jetzt die beste Zeit,
Wäsche Waren
Billig
u. gut einzukaufen**

Einige Beispiele!

Wäschestoff 80 cm breit, gutes mod. deutsch. Fabrikat 48	38 Pfg.	Damenhemdchen fein gestrickt 95	65 Pfg.
Linon solide Qualitäten, 130 cm breit 1.25, 0.90 80 cm breit 88	48 Pfg.	Damen-Hemdchsen Windelform, mit Band- trägen 1.65	115
Wallis solide Qualitäten, 130 cm breit 1.75, 1.35 80 cm breit 1.10	80 Pfg.	Damen-Hemdchsen extrafeln gestrickt, verschiedene Formen	240
Lakenstoff Creas, schwere Ware, 130 cm breit	125	Gardinen Motorware, gute, wolche Qualit., ca. 80 cm breit 1.20	68 Pfg.
Bettücher aus solidem Stuhluch, 136/200, besonders billig	245	Gardinen Tüllgarnitur, gewebt, 3-teilig, gute, staubfreie Ware	395
Damenhemden verschiedene Garnierung, mit Träger 1.95, 1.25	95 Pfg.	Stores Etabline, mit reicher Fillet- arbeit 4.90	390
Nachhemden Wäschestoff, mit Gar- nierung 3.75, 2.95	225	Klöppelspitzen und Einsatz, Stücke von 8 oder 10 Meter Länge 95	75 Pfg.
Servierschürzen aus guten weißen Stoffen, mit Garnierung 1.95, 1.35	95 Pfg.	Stickerei-Galons für Träger, in Glanz- garn Mr.	30 Pfg.
Herrenkragen Ecken oder Stehmiege, Meko, 4-fach	45 Pfg.	Unterrockstickerei besonders reich gestickt 65	45 Pfg.
Oberhemden mit weißem, karliertem Best- Einsatz u. Umschlagmanschet.	490	Gezeichnet. Decken 160x200 9.50, 6.50 130x180 5.75, 4.25 130x130 4.50	325
Oberhemden weiß mit Mako-Falteneinsatz und Klapp-Manchette	590	Kaffeewärmerhüllen 3-teilig	175

**Besuchen Sie unseren
neueröffneten Teerraum!**

**LINDEMANN & CO
AG.**
DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN
BRESLAU • OHLAUERSTRASSE 71/73

Die Juristische Fachschaft der Universität Breslau
gibt sich die Ehre, alle Alt- u. Jungjuristen zu dem am
Dienstag, 8. Februar, abends 7 Uhr,
im Konzertsaal „Loo“ stattfindenden
Juristenball
ergebenst einzuladen.
Eintritt z. Preise v. 3 RM. u. 1.50 RM. inkl. Steuer
von 10-12 Uhr in der Kasse der Studentenschaft
bzw. Abendkasse.

Badekur in Breslau
Kohlensäure, Schwefel, Sulfidnadel- und
alle anderen Kurbäder im Breslauer
Ballenschwimmbad

**Stompladergeschwürre,
Wunden od. Wri, Flechten,
Schnorrhoden, Hauterkrank-
heiten jeder Art und schnell
heil- u. kühlend
Santiblen, Löwenz., Luchtblab
Hygiea-Apothek, Breslau
Lauenburgerstr. 81
Ede-Gebäude.**

Serüchthigt unsere Inferenten!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Februar.

Strafantrag gegen Sensationsfucher.

Der Breslauer Polizeipräsident hat gegen den „Berliner Lokalanzeiger“ und zwei Breslauer Lokal-Korrespondenten Strafantrag wegen Begünstigung in der Untersuchung...

Dass die General- und Lokalanzeigerpresse durch ihre Sensationsliteratur Schaden im Volke stiftet, ist bekannt. Wenn aber der Polizeipräsident schreibt, er habe in der Pressebesprechung...

Anträge auf soziale Wohlfahrtsrente.

Die Frist für die Antragstellung auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente für die gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege...

Vom Schlesiens Städtetage.

Der Schlesiens Städtetag hat für Montag, den 14. Februar, die Bürgermeister und Stadtnotordnenen vorstehender der anschlössigen Städte...

Weiterer Rückgang der Grippekrankungen in Breslau.

Das städtische Gesundheitsamt schreibt: Die von den früher angegebenen Stellen weiter eingehenden Berichte geben den Ueberblick, dass die Zahl der Grippe-Erkrankungen...

Der Einzelhandel und die Hirtzfelder-Verordnung.

Der Verein des Breslauer Einzelhandels hielt am Montag abend in der „Neuen Börse“ eine Mitgliederversammlung ab, in deren Mittelpunkt der Bericht der nach Berlin entsandten Kommission stand...

zugegangen. Jetzt gilt es nun, die politischen Parteien für die Wünsche der Ladenbesitzer zu gewinnen, um zu erreichen, dass die Verordnung zu Fall gebracht wird.

In Breslau haben bereits Verhandlungen mit dem Magistrat stattgefunden, die zu dem Erfolg führten, dass in den Fällen, wo die Kündigung wegen höherer Mietsforderungen erfolgte, eine Gütestelle und das freiwillige Schiedsamt zum Zwecke der Einigung eingiebt.

Stadtbaurat Jilmer hielt sodann einen Vortrag über „Straßenbahnfragen“, worin er die Frage der Wirtschaftlichkeit eingehend behandelte.

Die Verammelten wurden sodann noch darauf aufmerksam gemacht, die Verordnung des Regierungspräsidenten über Ausverkäufe genau zu beachten.



Die Ebert-Büste von Prof. Bednorz,

dem aus Oberschlesien stammenden führenden jüngeren Bildhauer Schlesiens, der jetzt als Professor an der Breslauer Kunstakademie lehrt...

Eingemeindung und Beamte.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom 20. Januar dieses Jahres einer Verordnung über die Ortsklasseninteilung bei Eingemeindungen zugestimmt.

„Die Schöpfung“.

Zur Aufführung des Oratoriums von Joseph Haydn, durch den Breslauer Volksthor am 15. und 16. Februar.

So interessant es auch wäre, unseren Lesern auf die Frage: „Was ist ein Oratorium?“ mit der Geschichte des Oratoriums ausserhalb zu antworten...

Ganz unabweisend kann die Wissenschaft noch nicht formulieren, was man alles unter diesem Begriff versteht. Jedenfalls hat das Oratorium seine Wurzeln in den Mysterien und geistlichen Schauspielen des 10. Jahrhunderts...

Heute abend 7 1/2 Ube

im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses:

Versammlung aller parteiunabhängigen Beamten.

Reichstagsabg. Genosse M. Seppel

spricht über:

„Was haben die Beamten von der neuen Regierung zu erwarten?“

Freie Aussprache und Mitteilungen.

Eingeführte Gäste haben Zutritt. Agitiert in den Dienststellen!

genannten Moralitäten, die Tugenden und Laster, als allegorische Figuren auf, ja Personifikationen allgemeiner sittlicher Zustände und Eigenschaften in wunderlichem Gemisch mit Personen der heiligen Geschichte.

Die Form der Mitteilung, mag der Inhalt vorwiegend episch oder lyrisch oder dramatisch sein besteht entweder in der Vorführung dramatisch untereinander verknüpfter Szenen mit handelnden Einzelpersonen...

Das erste Oratorium, das sich nach tiefer Zeit den Erdkreis eroberte, war „Die Schöpfung“ (1793) von Joseph Haydn. Den Text hatte Haydn von seiner zweiten Londoner Kunstreise mitgebracht...

Der Kommunalpolitische Kursus

beginnt Sonnabend, 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 1a des Gewerkschaftshauses. Rechtsanwält und Stadlvorordneter E. Handmann beginnt mit einer „Einführung in die Städteordnung“.

„Schluß mit dem Reichsbanner!“

Das ist die neueste Parole der Kommunisten. Warum? Weil Hindenburg den Bismarckbürgerklub gegründet hat.

Schöne Helfer! Erst haben sie im Interesse der russischen Granatlieferung Hindenburg zum Siege verholfen, und jetzt wollen sie gegen Hindenburg helfen.

Kleinthalber-Schützenverein „Republik“.

Ausschnitten! Aufbewahren! Übungs- und Bedingungschießen jeden Sonntag, ab 7,30 Uhr vormittags, im Schießwerder.

Am den Übungschießen können auch Kameraden teilnehmen, die nicht der betreffenden Abteilung angehören.

Ein betrügerischer Menschenfreund.

Der 30 Jahre alte Schlosser Bruno Wahl hatte sich für seine Betrügereien die Verdienste der Armen ausgesucht, jene Menschen, die im Asyl für Obdachlose hausen müssen...

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: 3412-2.

Sitzung des erweiterten Parteivorstandes am Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, Zimmer 75 des Gewerkschaftshauses.

Abend 8 Uhr, 37. Heut abend, 8 Uhr, Vorkabende für Frauen und Mädchen. Material: 10 mitzubringen.

Abend 8 Uhr, 37. Heut abend, 8 Uhr, Vorkabende für Frauen und Mädchen. Material: 10 mitzubringen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Donnerstag, Sonnabend, den 3. Februar, Mitteln des gesamten Diszernens. Es folgen:

Abteilung Nord: 7 1/2 Uhr abends, Knechtentanz.

Abteilung Ost: 7 1/2 Uhr abends, Knechtentanz.

Abteilung Süd: 7 1/2 Uhr abends, Knechtentanz.

Abteilung West: 7 1/2 Uhr abends, Knechtentanz.

Freiwerkwirtschaftliche Jugendarbeit

Freiwerkwirtschaftliche Jugendarbeit, Donnerstag, 11. abends, pünktlich 9 Uhr, im Heim der Gewerkschaften, 11. abends, pünktlich 9 Uhr, im Heim der Gewerkschaften.

Singsozialisten - Arbeiter-Jugend

Singsozialisten - Arbeiter-Jugend, heute abend in allen Gruppen Arbeitsgemeinschaft. Gruppe Nikolai: 1. 7. heute abend wichtige Vorbereitung für Mitglieder und Gäste.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Von den Arbeiterkinderfreunden, heute werden in den einzelnen Gruppen die Einzelstunden für die Wartenstellung im Volkstheater am 5. Februar ausgeschrieben.

Geschäftliches.

Geschäftliches, einer wirklich guten Zigarette sollen viele Zellen gewidmet sein. Wer möchte es nicht, daß beim Genuß einer Zigarette sich eine Welt öffnet, die die Phantasie in sich birgt.

Die Herren des Schwerkriegsbeschädigten.

Seine Herrlichkeit hat den Zeitungshändler Gerhard Drob in eine recht unangenehme Situation gebracht. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Beamtenehehehlung stand er am Dienstag vor dem Kleinen Schöffengericht.

Der Dattel aus Amerika.

In der Nacht zum 11. Oktober vorigen Jahres wurde ein reicher Amerikaner, der sich geschäftlich in Breslau aufhielt, von zwei Stiehmädchen um seine Briefkäse erleichtert.

Silberhochzeit feiern heute der Genosse Hermann Seeger und seine Ehefrau, Neuterstraße 50.

Silberhochzeit feiern heute der Genosse Hermann Seeger und seine Ehefrau, Neuterstraße 50. Neben anderen Verwandten und Bekannten ist auch Herr Seeger persönlich erschienen.

Die Kinder Ihrer Nachbarin gedeihen, sind kraftstrotzend und blühend, bekommen aber auch täglich den gesunden und wohl-schmeckenden „Seelig's Land-Kornkaffee“.

„Seelig's Land-Kornkaffee“, Ueberall zu haben. Pfandpaket nur 50 Pfg.

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums in Breslau.

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums in Breslau. (Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Im Bericht der wöchentlichen Aufnahmen ist es in den vergangenen 24 Stunden in Mittelböhmen vorwiegend zu kaltem Schauern gekommen.

Das Wetter im Gebirge.

Das Wetter im Gebirge, Schneeberge: 11. Jän. 1914. Schneehöhe: 20-25. Schneehöhe: 20-25. Schneehöhe: 20-25.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Konzerte - Theater - Vergnügungen, Stadttheater, heute Mittags, 3 Uhr, gelangt als 12. Abonnements-Vorstellung der Serie B Verbis erfolgreich Oper „Die Nacht des Schicksals“ zur Aufführung.

Briefkasten.

Briefkasten, allen Anfragen muß eine Besorgensquittung beiliegen. Besorgensquittungen erhalten andere Leser auf Verlangen von den Volksmacht-Trägern oder Trägerinnen.

Die Monistische Gemeinde veranstaltete am 30. Januar einen Vortrag in dem der Sprecher Kurt Kramer über das Thema: „Christliche Anechtserziehung“ sprach.

Die Monistische Gemeinde veranstaltete am 30. Januar einen Vortrag in dem der Sprecher Kurt Kramer über das Thema: „Christliche Anechtserziehung“ sprach. Redner bemühte sich, im Alten Testament einen aus höchster gespannter Autoritätsglauben und im Neuen Testament persönlicher und lebensfeindliche Tendenzen aufzuzeigen.

Breslauer Volksbühne. Zu dem Vortrage des Direktors vom Delleuer Bauhaus, Prof. Walter Gropius, über „Die neuen Grundlagen der Baukunst“ am Montag, den 7. d. Mts., erhalten die Mitglieder der Volksbühne um 20 Prozent ermäßigte Eintrittskarten in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, oder in der „Kleinmühl“, Kaiser-Wilhelm-Straße 21; außerdem stehen den Mitgliedern der Volksbühne zu dem Lichtbildvortrag von Professor Dr. Bogenlang-Wright über „Holländische Architekturbilder der Gegenwart“ am Dienstag, den 8. d. Mts., um die Hälfte ermäßigte Eintrittskarten und zu dem Heiteren Abend von Josma Selim und Dr. Ralf Benayth um 25 Prozent ermäßigte Eintrittskarten in der Geschäftsstelle zur Verfügung.

Gewerkschaftshaus-Schiffspiele. Der Film „Die Bärenhochzeit“ wird noch einmal am Donnerstag, den 3. Februar, gezeigt.

Gewerkschaftshaus-Schiffspiele, Der Film „Die Bärenhochzeit“ wird noch einmal am Donnerstag, den 3. Februar, gezeigt. Dazu der große Schachfilm „Die weiße Königin“.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am 5. und 7. Februar im Gewerkschaftshaus ein Kostümfest „In Rübezahls Höhlen“.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am 5. und 7. Februar im Gewerkschaftshaus ein Kostümfest „In Rübezahls Höhlen“. Wir verweisen auf dieses Fest wie auch auf das heutige Interat.

Victoria-Theater. Das Miltentum in drei Akten „Die liebe Verwandtschaft“, Mißgeschick, gelangt nach wie vor täglich um 8 1/2 Uhr zur Aufführung.

Victoria-Theater, Das Miltentum in drei Akten „Die liebe Verwandtschaft“, Mißgeschick, gelangt nach wie vor täglich um 8 1/2 Uhr zur Aufführung.

Konzerte.

Konzerte, Hermann Ambrosius, der im letzten volkstümlichen Symphoniekonzert des Breslauer Orchesters vereint im Konzerthaus mit einem Orchester-Scherze „Ein deutsches Fest“, op. 8, vertreten war, hat von den allgriechischen Orchesterpielen eine feinerbare Vorstellung. Nach dieser Darstellung ist es dort keineswegs wehvoll, eher übermäßig zugegangen.

Filmschau.

Filmschau, Promenaden-Theater, „Der Student von Prag.“ Es ist bereits das zweite Mal, daß der gleichnamige Roman von Hans Heinz Ewers verfilmt ist.

Eden-Theater. „Harold Lloyd als Sportklubler“.

Eden-Theater, „Harold Lloyd als Sportklubler“, Infolge seiner Gültigkeit und Reichhaltigkeit wird Harold Lloyd zum Hauswurst aller Studenten einer amerikanischen Sportuniversität.

Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Sport, Wintersporttreffen des 14. Kreises. Am Sonntag hatten sich zum Kreis-Wintersporttreffen über 300 Arbeiter-Sportler aus dem Kreis auf dem Kamme des Culengebirges, an der Zimmermannsbau, eingefunden.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V., Frauen-Abteilung.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V., Frauen-Abteilung, Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, Teilungsverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Abteilung im vergangenen Winter. 2. Bericht über die Tätigkeit der Abteilung im vergangenen Winter.

Freie Kanovereinigung Breslau, e. V., Freitag, den 4. Februar, findet unter Mitaliederer Teilnahme im Gewerkschaftshaus statt.

Freie Kanovereinigung Breslau, e. V., Freitag, den 4. Februar, findet unter Mitaliederer Teilnahme im Gewerkschaftshaus statt. Sonntag, den 6. Februar, abends 8 Uhr abends, haben alle diejenigen Genossen im Hallenbassinbad zu erscheinen, die noch nicht die Schwimmprobe abgelegt haben.

Das diesjährige Fest der Naturfreunde in Rübezahls Höhlen

Das diesjährige Fest der Naturfreunde in Rübezahls Höhlen, findet am Sonntag, den 5. u. Montag, den 7. Februar statt. Volksbelustigungen aller Art. Rübezahls Wunderkorn. Ausstellung vorzüglichster Funde. Küpeltanz der Gnommen in Gegenwart Rübezahls. Beginn 7 Uhr. Einlaß 6 Uhr. Karten am Bußett des Gewerkschaftshauses.

Die Kinder Ihrer Nachbarin gedeihen, sind kraftstrotzend und blühend, bekommen aber auch täglich den gesunden und wohl-schmeckenden „Seelig's Land-Kornkaffee“.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Reichsarbeitsminister macht seine eigenen Verordnungen unwirksam.

Das Reichsarbeitsministerium hat den von dem sächsischen Verbandsschlichter in Dresden gefällten Schiedspruch in der Arbeitszeitfrage für die Textilindustrie Westfalens rechtswirksam erklärt. Das Reichsarbeitsministerium ist mit dieser Verbindlichkeitserklärung selbst untreu geworden, indem es entgegen der Anweisung gehandelt hat, die keinerlei An die Schlichter ging und die besagte, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit nur möglichst auf acht Stunden begrenzt werden soll. Die Verbindlichkeitserklärung ist daher ein unerhörtes Vorgehen, der in seiner Auswirkung laufende und abertausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und wendenden Müttern in der sächsischen Textilindustrie zwingt, täglich neun Stunden an der Maschine zu stehen. Durch diese Rechtsverbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs wird erwiesen, daß das Reichsarbeitsministerium im Kurs der neuen Regierung nichts anderes sein will, als die Interessensvertretung des Unternehmers. Was die Unternehmer fordern, bewilligt es bereitwillig, auch wenn das Wohl und Wehe Tausender Arbeiterfamilien davon abhängig ist.

Dabei ist zu beachten, daß die Festlegung von Mehrarbeit durch Schlichtungsbehörden mit dem Geist der Arbeitszeitverordnung in direktem Widerspruch steht. Dieser ist die Rechtsverbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruchs ungesetzlich. Eine längere Arbeitszeit als acht Stunden täglich kann nur durch behördliche Anordnung im Rahmen der Arbeitszeitverordnung oder durch freien Vertrag erfolgen. Die Schlichtungsbehörden haben kein Recht, durch Schiedspruch und damit letzten Endes durch Zwangstarife eine längere Arbeitszeit festzulegen. Gegen diese Ungeheuerlichkeit muß endlich Front gemacht werden. Das Reichsarbeitsministerium hat hier einen Schiedspruch für rechtsverbindlich erklärt, der keine gesetzliche Grundlage hat. Der Schiedspruch bedeutet eine Vergewaltigung des Rechts. Das Reichsarbeitsministerium dürfte an dieser Rechtsverbindlichkeitserklärung keine Freude erleben. Denn gegenüber einem solchen Verfahren muß sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Rundgebung für den gesetzlichen Achtstundentag in Kottbus.

Aus Kottbus wird uns geschrieben: In Gegenwart von 1000 Betriebsräten und Funktionären des ADGB und des LFA-Bundes fand am Sonntag im Volkshaus zu Kottbus eine wichtige Rundgebung für die gesetzliche Regelung des Achtstundentages gegen die heutige Arbeitsnot und Ueberarbeit statt. Außer dem zweiten Vorsitzenden des ADGB, Grafmann, der das Hauptreferat hielt, sprachen Verbändevertreter der verschiedenen Industrien. Grafmann betonte, die Gewerkschaftsbewegung sei wieder so erstarbt, daß der Achtstundentag der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht verwirklicht werden kann. In einer Entschließung, die Annahme fand, wird darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung der Betriebe, wie sie gegenwärtig durchgeführt wird, zu einer Gefahrenquelle der ganzen Gesellschaft werden kann wenn nicht mit ihr die Verkürzung der Arbeitszeit und die Steigerung der Löhne gleichen Schritt halten. Die Entschließung lautet aus in einem Mahnruf an Regierung und Behörden: "Seid gewarnt!" Geordert wird eine baldige reichsgesetzliche Regelung des Arbeitszeit-Notgesetzes, um Millionen sofort einer geregelten Arbeit zuzuführen.

Schiedspruch in der Herrtonsektion.

In der Herrtonsektion wurde nach vierwöchiger Verhandlung von einem vom Reichsarbeitsministerium bestellten, unabhängigen Schiedsgericht ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung für alle Gruppen von 3 Prozent bis zum 31. März und von da ab von 8 Prozent vorseht. Die durch die neu eingeführten Spezialmaschinen notwendig gewordene und von den Arbeitnehmern beantragte Eingliederung der Arbeiterinnen in entsprechende Lohngruppen erfolgt bedingt. Die Anträge des Arbeitgeberverbandes auf Verschärfung des Manteltarif und der Stundenberechnung für die Akkordearbeiten wurden abgelehnt. Jedoch kam der Unparteilichkeit der Arbeitgeber in der Frage der Ferienvergütung bei Kurzarbeit entgegen; die Bestimmung, die hier bisher schon für Schneider Geltung hatte, soll auch für Zufahrer Anwendung finden. Das Lohnabkommen soll nach dem Schiedspruch mit sechswöchentlicher Kündigungssfrist, erstmals zum 30. September 1927, Geltung haben. Die Mitglieder der Vertragsparteien werden durch Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des in seiner Lohnhöhe nicht herabsetzenden Schiedspruches bis zum 6. Februar Stellung nehmen.

Schiedspruch für die hannoversche Textilindustrie.

Durch den Schlichter für den Bezirk Hannover ist für die Textilbetriebe von Hannover und Braunschweig ein Spruch gefällt worden, der die bisherigen Löhne um 6 Prozent erhöht. Die Arbeiterschaft hat dem Spruch ihre Zustimmung gegeben, die Arbeitgeber scheinen dagegen sich an die Parole ihrer Spitzenorganisationen halten und keine Lohn-erhöhung gemöhren zu wollen.

Dabei sind in diesem Lohngebiete Firmen vorhanden, die von jeher schon sozusagen im Galdisch wammen. Wir verweisen auf die Mechanische Weberei Hannover-Binden, die durch die Fusion mit der Firma Wengers & Söhne A.-G., Berlin, zum nun aufgehenden Weltwerk des Kontinents wurde. Den Aktionären dieses Wertes sind in der außerordentlichen Generalversammlung großzügige Geschenke gemacht worden. Die neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 175 angeboten. An der Börse weisen die Papiere einen Stand von 295 bzw. 300 aus.

Einpruch gegen unnötige Eisenbahnerentlassungen.

Eine vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene Eisenbahnerversammlung der Weststadt Keumünster hat zu den geplanten Entlassungen Stellung genommen und auf Grund des nachstehenden Arbeitsanfalls und der Zahl der Beschäftigten festgesetzt, daß Entlassungen nicht notwendig sind. Unter Hinweis auf die technische Vervollständigung des Betriebes verlangte die Versammlung die sofortige Einstellung der achtstündigen Arbeitszeit, die auch für die Verwaltung durchaus nützlich wäre. Die dadurch bedingte Erparung von Tagewerken würde Entlassungen unnötig machen. Eine entsprechende Entschließung ist den zuständigen Stellen zugestellt worden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Wie uns aus Amsterdam gedruckt wird, auf die Tagesordnung seiner Vorstandssitzung vom 24. Februar die Anfrage des Britischen Gewerkschaftsbundes wegen der Teilnahme an der von diesem einberufenen gemeinsamen Konferenz mit dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund.

Der Zentralrat der Transportarbeiter-Internationalen beschloß in seiner letzten Sitzung in Utrecht, eine selbständige Untersuchung der Wirkungen des Dawesabkommens in Deutschland vorzunehmen, und erwog seine Überstellung nach Utrecht.

Eine Konferenz der Zieglerarbeiter.

In einer Zieglerkonferenz referierte Kollege Bogli über die Erfahrungen des Bauhüttenbetriebsverbandes in der Ziegelindustrie. In anschaulicher Art und Weise legt er den Funktionären die Entwicklung der Ziegelproduktion dar. Rohstoff, technische Einrichtung des Betriebes, Abzug und

Abfallstoffe sind überall vorhanden, so daß bei jeder Kalkulation diese Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Der Redner erläuterte die Kalkulation der Betriebe des Bauhüttenbetriebsverbandes. Die einzelnen Positionen werden ausführlich besprochen, auch der Lohnanteil am Produkt behandelt. Der Redner vertritt dabei die Auffassung, daß die Arbeitgeber der Ziegelindustrie sehr wohl höhere Löhne bezahlen könnten. Zur Lohn- und Manteltariffrage referierte Kollege Thiemer. Der im Jahre 1926 für allgemein verbindlich erklärte Manteltarif wurde von keiner der beiden Parteien gekündigt, läuft also für das Jahr 1927 weiter. Der Redner geht auf die Stellung der Unternehmer zur Arbeitszeit und besonders auch auf die Praxis in Punkt Urlaubsgewährung ein. Für die Frage, ob Urlaub zu gewähren ist, kann nicht die Art des Betriebes (Sommer oder Winterbetrieb) maßgebend sein, sondern das Arbeitsverhältnis. Entscheidend ist da der § 29 des Manteltarifes. Zur Lohnfrage übergehend, stellt der Redner fest, daß 1926 nur in einem Bezirk ein Lohnstarif zustande kam. In allen anderen Bezirken war ein Lohnstarif nur unter Lohnabbaubedingungen zu haben. Das mußte die Organisation ablehnen, denn so hoch waren die Löhne nicht, daß sie als untragbar für die Industrie bezeichnet werden müßten. Auf die Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern der Ziegelindustrie zu Beginn der kommenden Kampagne eingehend, fordert der Redner zur Organisierung der Arbeiterschaft in den Betrieben auf. Nur dann bestehe die Möglichkeit, den Lohnverhältnissen entsprechende Lohnstarife für die Arbeiterschaft zu schaffen.

Eine rege Diskussion leitete ein, die allerhand an Mißständen in den Breslauer Betrieben zu Tage förderte. Zahlenmäßige Unterlagen über Löhne, Akkorde, Organisationsverhältnisse und Betriebsratsangelegenheiten gab Kollege Medlin. Seine Ausführungen überzeugten die Versammelten von der Notwendigkeit einer rege zu betreibenden Werbe- und Aufklärungsarbeit.

Nach Wahl einer Branchenleitung der Gruppe Ziegelindustrie des Keramischen Bundes wurde die Konferenz geschlossen mit dem Mahnruf an alle Ziegler: Erkennt die Zeichen der Zeit, organisiere euch alle im Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund.

Eine öffentliche Konfektionsarbeiter-Versammlung.

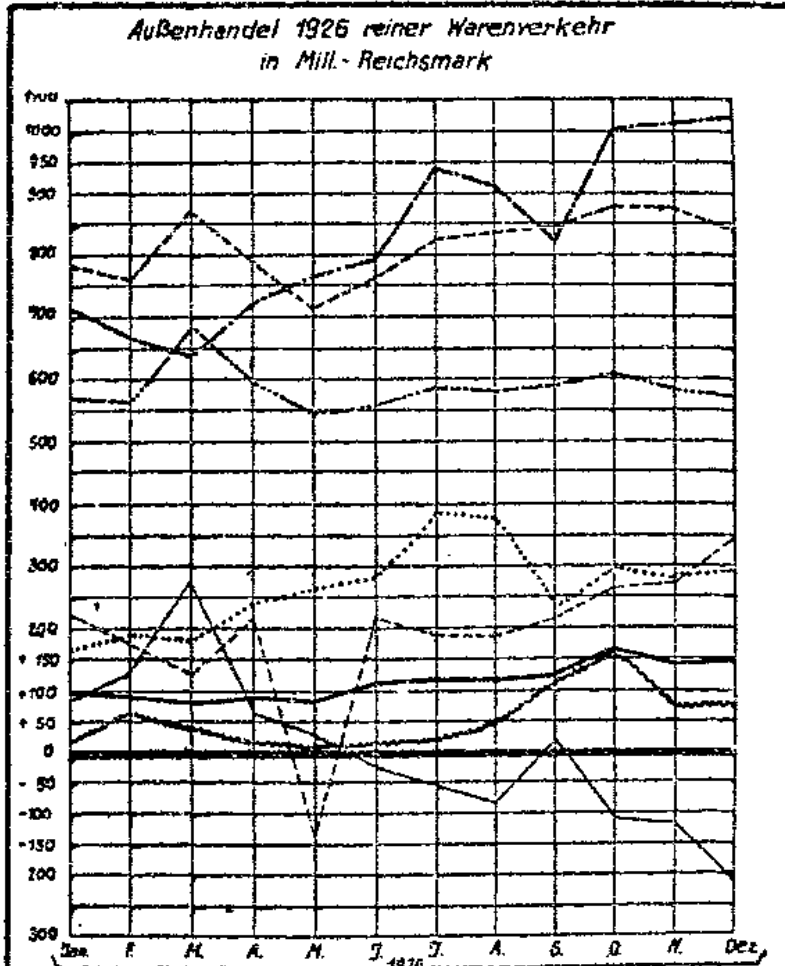
hatte die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes für Montag abend ins Gewerkschaftshaus einberufen, um Stellung zu nehmen gegen die gerade in Breslau so in Blüte stehende Serienverarbeitung, gegen die Willkür der Fabrikanten und Konfektionäre und gegen die Hungerlöhne in der Herrenkonfektion. Gleichzeitig erstattete der Referent, Gauleiter Kollege Schaertl, der zahlreich erschienenen Kollegenschaft einen ausführlichen Bericht über die neuerdings gepflogenen Lohnverhandlungen beim Reichsarbeitsminister. Zudem Kollege Schaertl die Frage aufwarf: "Was erfordert die Zeit von uns?" erläuterte er die daraus resultierenden Notwendigkeiten. Die Löhne in der Konfektion entsprechen durchaus nicht dem Stande der jetzigen Wirtschaftslage. Besonders die weiblichen Kräfte werden kärglich entlohnt. Seit der letzten Lohnzulage, wo sich die Lebenshaltung nach amtlicher Feststellung um 6½ Prozent verteuert hat — in Wirklichkeit sind es 8—9 Prozent — gehen die Arbeitgeber daran, die Löhne zu drücken und abzuhauen! Die Arbeitgeber haben versichert, diese systematische Lohn-drückerei werde mehr Arbeit schaffen. In Wirklichkeit aber hat kein Kollege mehr Arbeit erhalten.

Der Bekleidungsarbeiterverband hat eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 20 Prozent gefordert. Der Käufern solle für ihre schwere Arbeit statt der bisherigen 5 Prozent 15 Prozent mehr gezahlt werden.

Wirtschaft.

Handelsbilanzfragen.

Der deutsche Außenhandel weist für das Jahr 1926 einen Ueberschuss der Einfuhr über die Ausfuhr aus. Die amtlich ausgewiesene Passivität unserer Handelsbilanz wird aber mit allem Recht bestritten. Man stützt sich dabei auf folgende Argumente: ein großer Teil unseres Exports, hier kommt vor allem die Ausfuhr von hochwertigen Fertigwaren in Frage, geht von den deutschen Herstellern an deren Filialen im Ausland. Die amtliche Statistik erfasst nur die sogenannten Verrechnungspreise, die selbstverständlich niedriger sind als die im Ausland erzielten Preise. Wehntlich liegt es hinsichtlich des deutschen Exports-



handels. Hier stützt sich die Berechnung auf die sogenannten Fabrikantenpreise, die immer um den Gewinnzuschlag des Exporteurs niedriger sind als die Preise, die der Exporteur im Ausland erzielt. Unserer Zahlungsbilanz fließen also aus der deutschen Warenausfuhr weitaus größere Summen zu als die Handelsbilanz ausweist. Demnach kann man mit Sicherheit annehmen, daß der deutsche Außenhandel im Jahre 1926 nicht, wie die amtlichen Zahlen ausweisen, passiv, sondern aktiv ist, d. h. unsere Warenausfuhr war wertmäßig größer als die Wareneinfuhr.

Der Schwerpunkt in unserem auswärtigen Handel liegt aber auch nicht in der Entscheidung der Frage, ob die Bilanz für 1926 aktiv oder passiv war. Entscheidend ist die kommende Entwicklung. Hier muß man aber mit einem wirklichen Passivsaldo rechnen, wie sich an der Einfuhrüberschuss in den letzten Monaten dauernd vergrößert hat.

Für eine Beurteilung der Wirtschaft ist erstmalig die Edelmetallexport von Wichtigkeit. Sie geht auf die Währungsreform der Reichsbank zurück. Es ist damit zu rechnen, daß die Goldexport in absehbarer Zeit sinken und so die Ge-

lante 14. Januar dieses Jahres begannen die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Sie haben zunächst alle unsere Forderungen gütig abgelehnt, dann kamen sie mit Schlagen Gegenanträgen, für den Fall nämlich, daß das Reichsarbeitsministerium unsere Forderungen als berechtigt erklären würde.

Die Konfektionsherren forderten Beibehaltung der Ferien für die Werkstatarbeiter und manches andere, um durch diese Maßnahmen alle eventuellen Lohnerhöhungen wieder beseitigen zu können. Die Verhandlungen schickten also nach das Reichsarbeitsministerium gerichtet wurde nimmermehr angenommen. Dieses trat am Dienstag voriger Woche zusammen. Die Arbeitgeber stimmten das alle Lieb an: Die Wirtschaftslage, die Wirtschaftslage! Es müsse gepart werden und „es wäre viel mehr Arbeit da, wenn wir gar keinen Reichsstarif hätten“. Auch beklagten sich die Arbeitgeber bitter darüber, daß der Bekleidungsarbeiterverband den Tarif immer in der Saisonzeit kündige. Sie hätten die Sachen schon kalkuliert und mühten den höheren Lohn dann aus der eigenen Tasche tragen.

Geselle Schaertl hat den Herren mit Recht vorgehalten, daß sie aus allen Erfindungen im Konfektionsgewerbe allein den Nutzen ziehen, obgleich die Erfinder, die meistens selbst arme Teufel waren, ihre Erfindungen nicht für die Taschen der Fabrikanten, sondern zum Wohle der Allgemeinheit machten.

Unerschrocken ist auch, wenn die Arbeitgeber behaupten: zwölf Tage Ferien im Jahre seien zurecht für einen Konfektionsarbeiter.

Ein Kapitel für sich ist die hier in Breslau blühende Serienverarbeitung, die an Raffinement jeder Beschreibung spezialisiert. Studie der Serie 3 und 6 werden in eigener Werkstatt mit Handlöchern versehen, um in die Serien 3 und 4 geföhoben zu werden! Durch solche Manipulationen werden die Arbeiter über die Ohren gehauen.

Der Schiedspruch, der zwar Lohnerhöhungen von 5 resp. 8 Prozent vorseht, trägt den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung, doch sei er, so meinte Genosse Schaertl, einem tariflosen Zustand vorzuziehen. Nach dem Gesichtspunkt sei er klüger, ihn anzunehmen. Dies empfahl auch Genosse Schaertl der Kollegenschaft.

Um aber für später Besseres zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, die Schlagkraft des Verbandes durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken, denn nur mit Hilfe einer mächtigen Organisation kann man der Willkür der Arbeitgeber wirksam begegnen! In diesem Sinne sprachen auch in der sich anschließenden freien Aussprache die Kollegen Dählig und Liebs. Kollege Liebs betonte auch die Wichtigkeit des politischen Kampfes und die Notwendigkeit, der jetzigen Bürgerblockregierung zu einem schnellen Ende zu verhelfen. Die gegenwärtigen Stundenlöhne in der Herrenkonfektion stellen sich nach dem Schiedspruch wie folgt:

	jetziger Grundlohn 5 % Zulage	8 % Zulage
Bügelr.	66	70
Maschinennäherinnen	47	53,5
Handnäherinnen	41	45,5

Im Schlußwort richtete Kollege Schaertl noch einmal an die Kollegenschaft den Appell, vollständig in die Organisation hineinzugehen, damit wir dazu kommen, uns unsere Lohngehalte selbst zu schaffen. Die Konfektionsherren erzielen die höchsten Gewinne und wir hätten es nicht nötig, uns mit solchen Unföhen-Schiedsprüchen abzufinden. — Die Kollegenschaft nahm den vorliegenden Schiedspruch an.

Samtbilanz entlastet wird. Dagegen ist wohl für das Jahr 1927 mit einer wesentlichen anderen Gestaltung der Lebensmittelbilanz zu rechnen. Die Einfuhr an Lebensmitteln ging im Jahre 1926 zurück. Leider ist die Ursache des Rückgangs in einer verminderten Einfuhr von Konsumgütern auf Grund der deutschen Wirtschaftslage zu suchen. Dagegen ist die Einfuhr an Weizen gestiegen und der Import an Getreide hat sich sogar verdoppelt. Die Schutzpolitik hat hinsichtlich der Getreideeinfuhr vollständig versagt. Die deutsche Landwirtschaft war 1926 nicht in der Lage, den Bedarf an Getreide weder hinsichtlich der Menge, noch hinsichtlich der Qualität zu decken. Die Verhältnisse werden sich hier wohl in absehbarer Zeit nicht ändern. Wir werden für den Ausgleich immer auf Getreideimporte aus dem Ausland angewiesen sein. Tritt mit wachsender Kaufkraft ein größerer Verbrauch in Deutschland ein, so muß automatisch die Passivität unserer Lebensmittelbilanz wachsen.

Wehntlich liegen die Dinge in der Rohstoffeinfuhr. Sie ist im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahr ganz bedeutend zurückgegangen. Einmal ist hier die Krise, des anderen die deutsche Zollpolitik verantwortlich zu machen. Die deutschen Importeure haben sich im Jahre 1925, ehe die neuen Zölle in Kraft traten, stark eingebekkt. Infolge dieser Voreindeckung verfügte man bis weit in das Jahr 1926 hinein über gefüllte Lager, so daß sich die Einfuhr an Rohmaterial und Halbfertigwaren senken mußte. Da die Voreindeckung die Einfuhrpreise um den Betrag des Zolls verbilligte, übertrug sich die Voreindeckung verbilligend auf die Ausfuhr von Fertigwaren. Das Ansteigen unseres Fertigwareneports ist nicht zu guterkcht auf diese Tatsache zurückzuführen.

Im Jahre 1927 stehen wir wesentlich anderen Voraussetzungen gegenüber. Die Besetzung in einzelnen Wirtschaftszweigen drängt zu einer vermehrten Einfuhr von Rohstoffen. Diese dürfte für das gesamte Jahr 1927 entscheidend sein. Andererseits werden die verschiedenen Experimente auf wirtschaftspolitischem Gebiet, mit denen man angesichts des Bündnisses der Schwerindustrie und des Großagrariertums in der neuen Rechtsregierung zu rechnen hat preissteigernd wirken, wodurch sich ein Absetzen unserer Fertigwarenausfuhr von selbst ergibt.

Ueberzeichnung der Kruppanleihe.

Braucht Krupp überhaupt Subventionen?

Man kann nicht behaupten, daß die Firma Krupp-Essen in letzter Zeit in der Öffentlichkeit glücklich laivert hat. Sie bemühte sich z. B. vor Wochen um Staatsbeihilfen. Bald darauf legte sie ihre Bilanz vor, die alles andere als einen Rossband der Firma ergab. Dann wurde die Öffentlichkeit von der Krupp nicht überführt, daß die Friedrick Krupp A.-G. ihre Amerikanerleihe völlig abgelöst habe. Also muß die Firma trotz Subventionsgesuchen immerhin über beträchtliche Mittel verfügen und gar nicht so schlecht stehen, wie man uns als gelegentlich des Subventionsgesuches glaubhaft machen wollte.

Dafür spricht auch die Kruppische 60-Millionen-Anleihe. Von dieser Anleihe wurden 45 Millionen in Deutschland ausgelegt. Sofort nach der Eröffnung der Zeichnung mußte diese geschlossen werden, da sich starke Ueberzeichnungen ergaben. Wer sein Geld in Anleihen festlegt, wird am besten wissen, wenn er sein Geld gibt. Deshalb berührt gerade die Ueberzeichnung der Kruppischen Anleihe im Zusammenhang mit dem Subventionsgesuch höchst eigenartig.

Die starke Geldfülle, die sich sehr wahrscheinlich auch wieder bei der Zeichnung der 60-Millionen-Reichsanleihe zeigen wird, beweist, wie sehr das Wirtschaftsjahr 1926 dem deutschen Volk zugute gekommen ist, während die Herabsetzung in den letzten Schichten zuntim und die Abwertung der Kaufkraft sich fortlieft. Finanztechnisch gesehen, muß festgestellt werden, daß die Kuphriker der Börsenhalle 1926 jene an der Börse gemachten Gewinne, die vielfach ihr Vermögen verdoppelten, jetzt sicherstellen, indem man sie in Industrieanleihen anlegt.

Die restlichen 15 Millionen der Kruppanleihe werden am Freitag in Holland ausgelegt. Auch hier ist mit einer starken Ueberzeichnung zu rechnen. Bei dieser Entwidlung der Dinge fragt man sich nur, wie die Firma Krupp überhaupt zu ihrem Subventionsgesuch kommen konnte.

Nus Schlesien.

Der Erste Bürgermeister von Reichenbach vom Amt suspendiert.

Durch eine Umordnung der Breslauer Bezirksregierung ist der Erste Bürgermeister der Stadt Reichenbach, Andt, mit sofortiger Wirkung von seinem Amte suspendiert worden. Das Vorgehen der Regierung ist hauptsächlich auf einen Antrag des Magistrats von Reichenbach zurückzuführen, der nach gemeinsamem Beschluß mit der Stadtvorordneten-Versammlung die Einstellung eines Disziplinarverfahrens gegen den Ersten Bürgermeister mit dem Ziele der Amtsenthebung beantragt hat. Der Magistrat hat weiterhin dem Bürgermeister den Zutritt zu den Diensträumen untersagt und sein Amtszimmer versiegelt lassen.

Bürgermeister Andt war seit vier Jahren in Reichenbach tätig. Kurz nach seinem Amtsantritt ergaben sich schwere Konflikte zwischen ihm und den Stadtvorordneten. Er überschritt wiederholt bei persönlichen Ausfahrten den Etat, ließ sich Entschädigungen für Dienstreisen über das ihm zustehende Maß zahlen, überschritt den für den Ausbau seiner Dienstwohnung festgesetzten Betrag um ein Vielfaches und versuchte, sich den Kontrollüberprüfungen des Magistrats und der Stadtvorordneten-Versammlung zu entziehen. Außerdem wurde er in seinem Privatleben in verächtliche Konflikte verwickelt, die sein Ansehen in der Bürgerchaft untergraben halfen. Bürgermeister Andt war an Herbstbeginn nach Reichenbach gekommen und gehörte früher einmal der Demokratischen Partei an, ist aber seit längerer Zeit aus ihr ausgeschieden.

Eine Million Flots

für die ostoberschlesische Landwirtschaftskammer.

Das Ministerium für Landwirtschaft überwies der Landwirtschaftskammer in Katowitz den Betrag von einer Million Flots zur Durchführung von landwirtschaftlichen Reformen. Gleichzeitig ist der Direktor der staatlichen Landwirtschaftsbank aus Warschau in Katowitz eingetroffen, um eine Niederlassung der Bank in Katowitz in die Wege zu leiten.

Ein Mord unter Tage.

Nach einer Katowitzer Meldung des „Berl. Tagebl.“ ereignete sich am Sonntag im Richtigshofenacht in Giechewald bei Katowitz ein geheimnisvolles Verbrechen. Mittags gegen 1 Uhr bemerkte ein Streifenwärtner in der Tiefe von etwa 100 Metern unter Tage zwei unbekannte männliche Männer, die auf bisher nicht geklärte Weise in das Bergwerk eingedrungen waren. Als sie sich ausweisen wollten, zogen sie ihre Revolver und sperrten unter Drohungen sechs Bergleute in zwei Kammern ein. Die sie mit mehreren zentner schweren Klumpen verbarrikadierten. Der alarmierte Oberwächter Paul Wojcieszowski aus Janow wurde bei der Verfolgung von den Räubern auf einer Sohle in 150 Metern Tiefe erschossen. Die Täter konnten bis jetzt nicht festgenommen werden, doch sind die Zugänge zum Schacht polizeilich gesichert, so daß die Verbrechen kaum entkommen dürften. Ob ein Dynamitanschlag oder ein anderes Verbrechen geplant war, konnte bis zum Augenblick noch nicht festgestellt werden. Zu dem Mord auf dem Richtigshofenacht wird noch bekannt, daß es nach den Feststellungen der Gerichtskommission am Tatorte sich um kein politisches Verbrechen handelt. Die Mörder des Oberwächters verhielten sich in der Grube befindliche wertvolle Metalle zu suchen. Hierbei wurden sie überrascht. Nach der genauen Orientierung der Bergleute zu schließen, müssen diese der Belegschaft der Grube angehört haben. Obwohl kurz nach Bekanntwerden der Mordtat alle Zugänge zur Grube besetzt wurden, gelang es bis zur Stunde nicht, der Täter habhaft zu werden. Die eingesperrten sechs Bergleute konnten sich inzwischen befreien.

Der Bau des Radiostation in Katowitz

Soll noch in diesem Frühjahr mit einem Kostenaufwand von 300 000 Flots begonnen werden. Die Stärke des Senders soll den Breslauer Sender überrreffen, um, wie die politische Presse meint, die unliebsame deutsche Propaganda auszuschalten. Im Sommer bereits hofft man den Sender in Betrieb zu nehmen.

Ein Waffenlager des oberschlesischen Landeschützenbundes beschlagnahmt.

Die Polizei beschlagnahmte in Bobrek und Beuthen bei Mitgliedern des rechtsradikalen Landeschützenbundes ein Waffenlager, bestehend aus einem Maschinengewehr, 76 Gewehren und 5000 Patronen.

Sammel, Kr. Woblasz. Tödliche Blutvergiftung. Das Abkochen eines Fideles im Gesicht hatte hier bei einem kurz vor der Hochzeit lebenden Mädchen eine Blutvergiftung zur Folge, die nach vierstündigem Kranksein den Tod herbeiführte.

Lauterleissen, Kreis Löwenberg. Gefährliche Brandstifterin. Als Brandstifterin des Brandes der großen Iringangischen Scheune in Lauterleissen wurde die 24 Jahre alte Dienstmagd Martha Hübnier aus Hirschberg ermittelt. Den Grund zur Tat hat sie bisher nicht gestanden.

Zauer. Die Kommunisten für eine Königsstraße gegen eine Friedrich-Ebert-Strasse. Eine längere politische Aussprache erregte am Donnerstag die Stadtvorordneten-Versammlung über einen sozialdemokratischen Antrag, die Königsstraße in Friedrich-Ebert-Strasse umzubenennen. Mit 11 gegen 11 Stimmen, wobei die auf Ja lautende Stimme des demokratischen Vorstehers den Ausschlag gab, wurde schließlich ein Antrag angenommen, in der die Polizeiverwaltung ersucht wird, die Benennung einer Straße der Stadt nach dem ersten Reichspräsidenten baldigst in die Wege zu leiten. Gegen den Antrag stimmten neben der Rechten auch die Kommunisten.

Hermsdorf-Bad, Kreis Goldberg-Hannau. Eisenbahnbetriebsstörung. Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Am 1. Februar, vormittags, behinderte zwischen Hermisdorf-Bad und Pilgramsdorf ein Schienenbruch kurze Zeit

den durchgehenden Verkehr. Bei dem Personenzuge 1270 von Goldberg nach Löwenberg mußte umgeleitet werden. Die Beseitigung betrug zehn Minuten.

Sonderswerda. Austritt aus dem Jungdeutschen Orden. Die Kreisbrüderchaft Sonderswerda hat, da sie der Forderung des Hommeisters Mahrau nicht mehr folgen konnte, beschlossen, sich von der Reichsleitung loszulösen. Bis diese zu den alten Hoffnungen des Ordens, denen die Losgelösten in alter Treue weiter folgen werden, zurückkehrt. Dieser Bewegung schlossen sich die Bruderschaften Sonderswerda (mit Ausnahme weniger Brüder), Grube Heye III, Guleborn und Slado an. Sie haben sich zu weiterer Arbeit im Bund jungdeutscher Brüder im Kreise Sonderswerda zusammengefunden, um im jungdeutschen Geiste weiter zu wirken. In Kürze wird auch mit den Brüdern Sachsens, die sich loslösten, engere Fühlung genommen werden und es wird ein namhafter Redner sprechen. Die Führer haben ihre Stellungen im neuen Bund beibehalten.

Dittersbach. Errichtung von 42 Wohnungen. Eine wichtige Vorlage des Gemeindevorstandes forderte in der letzten Gemeinderatsversammlung über den Bau von 42 Wohnungen auf dem Gemeindegelände in der verlängerten Kirchstraße. Das Projekt sieht die Erhaltung eines Häuserblocks vor, in dem 21 Wohnungen, bestehend aus Studie und Küche, 12 Wohnungen, bestehend aus 2 Stuben und Küche, und 9 Wohnungen, bestehend aus 3 Stuben und Küche, errichtet werden sollen. Die Gesamtkosten hierfür betragen 367 000 Mark, wovon 240 000 Mark durch die Hauszinssteuer gedeckt sind. Der Restbetrag ist von der Gemeinde zu tragen. Nach längerer Aussprache wurde die gesamte Vorlage angenommen.

Görlitz. Ein Zeichen der Zeit. Ein mit drei Hundebepannter zweirädriger Karren auf dem sich die Hahnschnecken zweier alter Leute befanden, erregte hier berechtigtes Aufsehen. Das Ehepaar, eine 62 Jahre alte Frau und der 65 Jahre alte Mann, konnte vor Erschöpfung kaum weiter. Sie waren beide aus Bayern wegen Bettelns ausgewiesen worden und sind nun auf der Reise nach ihrer Heimatstadt Waldenburg. 12 Jahre hatten beide in Bayern gewohnt und nun im Alter diese Strapazen.

Görlitz. Größerer Markenfund. Ein Junge fand in einem Erdloch unter Gestüch in der Nähe des Stadts eine Anzahl Markenbücher mit Falschmarken, die wohl noch aus dem großen Markenbuchs der Stellmachergesellen Dreßler herühren dürften.

Katowitz. Ein schweres Autounfall ereignete sich am der Straße Gorkalkowicz-Dzielnisz. Ein Personenkraftwagen, auf dem der Direktor der „Katowitzer Zeitung“, Maslusz, mit seiner Tochter und der Wirtschafterin befand, überschlug sich in Folge der Glätte des Bodens. Der Direktor erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und die Wirtschafterin in schwere Verletzungen, daß sie bald darauf verstarb. Die Tochter und der Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Maria-Höfen. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung kündigte eine Versammlung mit Lichtbildervortrag über das Thema „Erd- oder Feuerbestattung“ im Preisdiallokal für Freitag, den 4. Februar, abends 7/8 Uhr, an. Dem Vortrag dürfte lebhaftes Interesse entgegengebracht werden. (Siehe Inserat.)

Herrmannsdorf. Wie verliere ich mich am besten gegen ein nahes Lebensende? Ueber dieses Thema spricht am Sonnabend, den 5. Februar, abends 7/8 Uhr der Leiter der Volkshilfe des Bezirks Breslau, Genosse Blauhel, im Saal von Gasse. Bürger von Herrmannsdorf, es gilt besonders, Aufklärung zu schaffen gegen das Schwindelunternehmen der „Selbsthilfe“! Erscheint in Massen!

Leipzig-Petersdorf. Gründungsfeier der Partei-Ortsgruppe. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Sozialdemokratie kam es bei der Gründungsfeier unserer Ortsgruppe am letzten Sonntag im Lokal von Riebach. Als erste geschlossene Organisation fand sich schon um 3 Uhr nachmittags eine Abteilung des Breslauer „Sozialistischen Kampfbundes“ ein. Kurze Zeit darauf erschien auch das Reichsbanner sowie Parteigenossen von Oswitz. Infolgedessen wurde das Lokal bald überfüllt. Nach vorangegangenen Tänzen verhöhnte die Schalmekapelle des Sozialistischen Kampfbundes das Zeit durch einige wohlgelungene, mit Beifall ausgenommene musikalische Darbietungen. Anschließend daran ermunterte der Führer der Abteilung die Anwesenden, sich wieder aufzuraffen und sich um das kampferprobte rote Banner der internationalen, völkerbefreidenden Sozialdemokratie zu scharen. Mit klingendem Spiel zogen die durch ihre muntergültige Disziplin vorzüglich in Erscheinung tretenden sozialistischen Kämpfer um 5 Uhr wieder zum Orte hinaus. Dadurch wurde aber auch wieder Platz für weitere Festteilnehmer. Im rechten Augenblick, als schon niemand mehr auf sein Erscheinen rechnete, trat dann doch noch Parteisekretär Genosse Schiffer ein. Nun gruppierte sich das Reichsbanner Oswitz um die schwarz-rot-goldene Fahne und Genosse Schiffer begrüßte mit herzlichem, ermutigenden Worten die neuerstandene Ortsgruppe der Partei. Die Kapelle des Reichsbanners spielte einige flotte Märsche und die Menge sang stehend das Reichsbannerlied. Der Dank des Vorsitzenden der Ortsgruppe an Genossen Schiffer und an das Reichsbanner und ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie bildete den Schluß auch dieses Teiles der Veranstaltung. In der neunten Stunde trat auch das Reichsbanner den Heimweg an. Den nach übriggebliebenen Teilnehmern waren nun bei Tanz und Verlofung noch einige recht gemüthliche Stunden beschieden.

Nus aller Welt.

Europas größtes Warenhaus.

Das Berliner Warenhaus Wertheim am Leipziger Platz hat am Sonnabend vormittag seinen Neubau, der anstelle des alten Reichsmarinensamts errichtet wurde, dem Betrieb übergeben. Damit ist diese Warenhausanlage zur größten ihrer Art in Europa aufgeführt. Beträgt doch die Länge der Front am Leipziger Straße und Leipziger Platz 330 Meter, die Rückfront in der Poststraße 210 Meter. Die Grundfläche des Gesamthauses ist 22 221 Quadratmeter, doppelt so groß wie die des Reichstagsgebäudes. Die Verkaufsfläche in allen vier bzw. fünf Stockwerken beträgt 106 000 Quadratmeter. Der Verkehr zwischen den Stockwerken wird durch 45 Fahrflöhe vermittelt. Dazu kommen noch zwei Rolltreppen. Eine eigene Rohrpostanlage zählt 70 Stationen, ein Hausfernsprechanlage 1000 Vermittlungsstellen. Zur Beförderung der Waren ist außer Patentkisten, Aufzügen eine „Wendelrutsche“ eingebaut, die zu den Summelkästen und in die Verpad- und Expeditionsräume führt.

Geheimnisvolle Brände in Potsdamer Gerichten.

In den beiden Gebäuden des Amtsgerichts Potsdam ist am ein und demselben Tage dreimal Feuer gelegt worden. Der erste Brand wurde im Keller des Gerichtsgebäudes entdeckt, wo Papierabfälle in Flammen standen. Die Feuerwehr konnte diesen Brand rasch löschen. Kaum war sie abgerückt, als Rauch und Flammen aus einer Dachluke herausströmten. Auch hier war im Dachgeschoss offensichtlich Feuer angelegt worden. Die Feuerwehr löschte und durchsuchte das ganze Gebäude, ohne etwas Verdächtiges zu finden. Aber kurz darauf kam der dritte Alarm. Es brannte im Sitzungssaal des zweiten Gerichtsgebäudes. Diesmal war das Feuer auf dem Gerichtstisch, am Platze des Anwalts, angelegt worden. Dabei war der Saal verschlossen. Es handelt sich vermutlich entweder um einen Raubakt oder um die Tat eines Menschen, der durch einen Brand die Akten eines gegen ihn schwebenden Prozesses vernichten möchte. Zahlreiche Verhaftungen von gewöhnlichsmäßigen Besuchern der Gerichte haben bisher zu keiner Aufklärung geführt.

Kinobrand während einer Kinderdarstellung.

In einem Lichtspieltheater in Oberschöneweide brach am Sonntag nachmittags kurz vor 4 Uhr, während einer Kinderdarstellung, ein Brand aus. Die anwesenden Kinder konnten unter Aufsicht der Angestellten ruhig das Kino verlassen. Dagegen erlitt der Vorführer Brandwunden am Kopf und an den Händen. Die Oberschöneweide Feuerwehrgesellschaft konnte mit keinem Löschgerät das Feuer abbläuen, doch hatten die Mannschaften unter der starken Qualentwicklung sehr zu leiden. Der Vorführungsraum ist zum großen Teile ausgebrannt. Das Feuer ist offenbar dadurch entstanden, daß durch Reiben des Filmtreibens im Vorführungsapparat der Film zu lange der Belichtung ausgesetzt war und sich entzündete.

Auffklärung der Berliner Aktenbelegungen.

In der Angelegenheit der Aktenbelegungen in den Berliner Gerichtsgebäuden wurde am Dienstag ein österreichischer Staatsangehöriger verhaftet, dessen Auslieferung nach Wien in den nächsten Tagen bevorsteht. Er wird von Wien aus wegen schwerer Straftaten gesucht. Der Festgenommene legte ein umfassendes Geständnis ab und belastete dabei einen Berliner Kriminalbeamten schwer. Dieser Beamte, der ebenfalls festgenommen wurde, gestand, daß er Geschenke, kleine Geldsummen und auch Einladungen zu Kneipeereien angenommen und sich dadurch zu pflichtwidrigen Handlungen hat verleiten lassen. Er bestritt jedoch eine tatsächliche Aktenbelegung. Der Vernehmungsrichter hat den Haftbefehl gegen beide erlassen.

Selbstmord eines Sekretärs der Kontrollkommission.

Am letzten Tage der Tätigkeit der Internationalen Militärkontrollkommission in Berlin beging ein Sekretär, ein Italiener, im Hotel „Saxonia“ in der Friedrich-Ebert-Strasse, das der Kommission als Unterkunft gedient hatte, Selbstmord durch Erschießen. Der Tote wurde erst am anderen Morgen aufgefunden. Er gehörte der Internationalen Kommission vom Anfang an als Sekretär an. Er war seit längerer Zeit mit einer Berlinerin verheiratet. Da die Frau aus einem Geschäft ein gutes Einkommen bezog, lebte das Ehepaar nicht nur in gutem Einkommen sondern auch in guten Verhältnissen. Der jetzige Abbau der Kontrollkommission scheint den Mann in Bewweiflung über die weitere Lebensgestaltung gestürzt zu haben.

Ein Polizeihauptmann in Magdeburg überfallen.

In der Nacht zum Dienstag wurde in Magdeburg der Polizeihauptmann Dellina, als er sich in Zivil auf einem Kontrollausgang befand, in der Nähe des Alten Marktes von einem jungen Manne, der ihn um Unterstützung bat, in einen Hinterhalt gelockt. In der Poststraße wurde der Polizeihauptmann hintertrübs überfallen und mit einem harten Gegenstände über den Schädel geschlagen. Als die benachrichtigte Polizei eintraf, waren die Täter verschwunden, der Polizeioffizier wurde mit einem schweren Schädelbruch bewußtlos aufgefunden. Es handelt sich offenbar um einen Raubakt.

Folgen schwerer Irrtum einer Krankenpflegerin.

In einem Krankenhause in Mailand hat eine Krankenpflegerin acht Patienten durch Versehen eine falsche Einspritzung verabreicht. Vier von ihnen sind noch in der Nacht unter furchtbarem Schmerz der Vergiftung erlegen, die anderen schweben in Lebensgefahr. Die Krankenpflegerin ist geflohen.

Straffreier Raubwürder.

In Schweden hat ein 71-jähriger Invalidenrentner das Geständnis abgelegt, vor 30 Jahren in einem kleinen Orte einen Postbeamten ermordet und beraubt zu haben. Der Mörder hatte auch nach der Tat noch lange seinen Wohnsitz in dem Dorfe behalten, ohne daß jemals der Schatten eines Verdachtes auf ihn fiel. Da in Schweden im letzten Jahre ein Gesetz angenommen wurde, wonach jedes Verbrechen nach 30 Jahren straflos wird, kann der Mann nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Das Gesetz findet damit zum ersten Male Anwendung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am 21. Januar 1927 verstarb unser Kollege,
der **Schmid**
August Heider
im Alter von 35 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
die **Mitglieder der Lokale Breslau.**
Bereitigung: Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause in Lohe nach dem Friedhof in Domsrau. 2501

Jede Dame bekommt einen jungen Mann auf der Oderstraße
sämtliche Haushaltsgegenstände, Besen, Pinsel, Schenertücher, Fußmatten, Abtüber etc. sowie auch die für passenden Kämme, Spiegel, Seifen, Schwämme, kosmetische Artikel in unserem Geschäftslokal
zweites Viertel vom Ring 6387
London & Co. Oderstraße 5
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

Wichtig für Braut- und Brautleute!
Wir wissen beim Bedarf von Möbeln und Hausgeräten auf die Gelegenheitsläufe im Volksheim besser als irgendwohin. Geringe Einkaufspreise, billige Reparaturen, rasche Lieferung, verschleißlose Schlösser, lange Garantiezeiten, alles das ist bei uns zu haben. Wir sind bereit, Sie zu beraten und Ihre Wünsche zu erfüllen.
Herr **Elsinger**
5. Schwarzenbergstr. 5
Nachdruckerei Volksrecht

Kleine Anzeigen
Sind immer noch ein- und auszugeben, von Berlin, Kaufmann u. a. nur von Privat. 420
3. Dienstag, 14. 4. Dienstag
Sindent stellt er- g-
rechten Nachahmung
Anzeigen mit A. B. 100 an
die Nachahmung-
neue Tageszeitung

3 perfekte Gatterhneider
1 Sägenhämmer für Autom. u. Handhämmer
6 Rundholz-Ausschneider
Wer sofort gekauft. Es wollen sich nur Leute melden,
die mit vorangegangenen Arbeiten vollkommen vertraut
sind und dies durch Zeugnisse nachweisen können.
Bereinigte Holzindustrie A.-G.
Breslau 12, Berl. Niedergasse. 632

Bemühen Sie sich nicht um Zutaten!
Ich habe ja alles in mir, was für 6 Teller gute, nahrhafte Suppe notwendig ist. Nur kalt anrühren und 20 Min. kochen lassen und schon bin ich fertig. Sie sparen Arbeit, Zeit und Kohlen.
Knorr Erbsenwurst
und andere Suppen in Würstform.
wie Blumenkohl, Reis mit Tomaten, Grünkerns usw.

